

| | | | | | |
|--------|------|-------|----------|------|------|
| Danzig | 1931 | 5795 | Öbgingen | 1931 | 4373 |
| | 1932 | 3205 | | 1932 | 4352 |
| | | -2091 | | | -21 |

Der zweitgrößte Ausfuhrposten des Danziger Hafens ist Holz. Auch hier ist im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahre ein außerordentlich Rückgang (um 44,9 p. H.) zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist zwar in der Hauptsache auf die gesteigerte Konkurrenz des sowjetischen Holzes, das das polnische Holz in zunehmendem Maße aus den osteuropäischen Märkten verdrängt hat, zurückzuführen. Der Rückgang wäre jedoch geringer gewesen, wenn nicht Öbgingen als Holzexportkonkurrent gegen Danzig aufgetreten wäre. Die Verwaltungen der polnischen Staatsforsten haben es trotz der besonderen Ungünstigkeit des Danziger Hafens für den Holzumschlag für zweckmäßig gehalten, beträchtliche Holzmassen dem Danziger Hafen zu entziehen und dem Hafen von Öbgingen zuzuführen. Der Holzexport über Öbgingen ist namentlich in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres erheblich zugenommen. Das ist besonders deshalb beachtenswert und kennzeichnend für die Mischung, die Polen den Völkerbundverpflichtungen gegenüber, wenn in dem Sachverhandlungsstatuten des Völkerbundes vom 14. September 1932 ausdrücklich festgelegt worden ist, daß durch die Staatsforsten ausgeführtes Holz zu den Gütern gehört, die ausschließlich über den Danziger Hafen ausgeführt werden müssen. Diese Feststellung der Sachverhandlungen ist eine ganz selbstverständliche Folgerung aus der Betrachtung der natürlichen Umfahmsbedingungen der beiden Häfen. Während nämlich in Danzig, das an der Mündung einer sich über ganz Polen verzweigenden Wasserstraße liegt, alle natürlichen Voraussetzungen für den Holzumschlag in reichlichem Maße vorliegen, sind die natürlichen Voraussetzungen in dem auf glatter Riffe gelegenen Öbgingen erst mit verhältnismäßig hohen Kosten geschaffen worden. Über den Holzexport der beiden Häfen gibt nachfolgende Übersicht Auskunft (in 1000 t.):

| | | | | | |
|-------------|-------|-----|---------------|-------|----|
| Danzig 1931 | | 920 | Öbgingen 1931 | | 27 |
| 1932 | | 507 | 1932 | | 88 |

Um diese Zahlen richtig zu werten, muß man bedenken, daß im Jahre 1927 über Danzig nicht weniger als 17 Mill. t. Holz ausgeführt worden sind und daß erstmals im Jahre 1930 über Öbgingen 2000 t. Holz exportiert worden sind.

Nieht man von dem letztjährigen Gesamtgüterumschlag Danzigs und Öbgingens die Holz- und Kohlenausfuhr ab, so bleibt noch ein Gesamtumschlag von knapp 2 Mill. t. übrig, von dem etwas über 1,2 Mill. t. auf Danzig und 700 000 t. auf Öbgingen entfallen. Und unterliegt man nun, wie sich die Ein- bzw. Ausfuhr dieser 2 Millionen Tonnen auf die beiden Häfen verteilt hat, so ergibt sich im vergangenen Jahre eine fast gleiche Bilanz auch der beiden Häfen von Ausfuhrwaren, sei bei Bacon, Schinken, Olikan usw. oder bei Wo aber auch in Öbgingen ein Rückgang der Ein- bzw. Ausfuhr eingetreten ist, hat bei Danzig fast durchweg einen noch erheblich stärkeren Rückgang im Umschlag der betreffenden Waren zu verzeichnen. Das ist insbesondere der Fall bei der Einfuhr von Phosphoriten und Chomasmehl; diese ist in Danzig im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahre von 62 776 auf 5823 t., in Öbgingen dagegen nur von

84 281 auf 65 819 t. zurückgegangen, ist in Öbgingen also oftmals so groß wie in Danzig gewesen. Der Reis ist im letzten Jahre über Danzig nur noch der zehnte Teil, an Tabak nur noch ein Zehntel, an Früchten nur noch ein knappes Siebentel, an Jute, Baumwolle und Heringen nur noch ein verhältnismäßig geringerer Bruchteil der zur gleichen Zeit über Öbgingen importierten Mengen eingeführt worden. Auch bei der Einfuhr von Kakao, Kupfer, Kaufschuk und Wolle ist Danzig von Öbgingen schon weit in den Hintergrund gedrängt worden. Von den 477 000 t. Schrott, die im Jahre 1928 über Danzig eingeführt wurden, sind im Jahre 1932 noch 7700 t. übrig geblieben. Im Jahre 1927 wurden über Öbgingen 11 000 t. Schrott importiert, im vergangenen Jahre dagegen 124 000 t. Auch an dieser Warengruppe hat sich also der Rückgang der polnischen Einfuhr ausschließlich auf Kosten Danzigs vollzogen. Bei der Ausfuhr steht es nicht anders. Am zweitwichtigsten Baconexport Polens ist Danzig nur mit $\frac{1}{10}$, am Eierexport nur mit $\frac{1}{10}$, am Export von Schmeltelcure Ammoniak nur noch reichlich mit $\frac{1}{10}$, am Schinkenexport nur mit $\frac{1}{10}$ beteiligt. Diese Verhältnisse, die keinen Anspruch auf Billigkeit erhebt, spricht eine so deutliche Sprache, daß sich jeder weitere Kommentar über die sich von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat gefährlicher auswirkende Abdriftung Danzigs durch Öbgingen erübrigt.

Die Polen können, wenn sie nicht gar zu offensichtlich mit der Wahrheit in Konflikt geraten wollen, ihre alte Behauptung, daß Danzig durch Öbgingen gar nicht gefährdet würde, jetzt nicht mehr aufrechterhalten. Sie bemühen sich jedoch, sich selber und dem Ausland einzureden, die Danziger seien selbst daran schuld, daß der polnische Handel den Weg über Öbgingen einschläge. Die polnische Regierung, die der Warschauer Handelsminister kürzlich behauptet, gewöhne Danzig dieselben Vorteile wie Öbgingen. Aber Danzig hätte seine Wirtschaft künstlich auf einem höheren Niveau, und man könne den polnischen Kaufmann nicht zwingen, seine Waren über den teureren Hafen von Danzig zu leiten. Der polnische Handelsminister nimmt es hier mit der Wahrheit nicht allzu genau: Es ist nicht richtig, daß Polen dem Danziger Hafen dieselben Vorteile und Vergünstigungen wie dem Hafen von Öbgingen gewährt. Wenn das der Fall wäre, dann hätten es die Sachverständigen des Völkerbundes nicht nötig gehabt, in ihrem Gutachten vom 14. September a. J. auf mehreren Dutzend Schreibmaschinenseiten alle die Maßnahmen aufzuzählen, die Polen zugunsten Öbgingens und zum Nachteil Danzigs im Widerspruch zu den Verträgen anwendet und die es daher, um seine Pflicht einer vollen Ausnutzung des Danziger Hafens zu erfüllen, verpflichtet ist, rückgängig zu machen. Es ist ferner nicht richtig, daß Danzig keine Wirtschaft künstlich auf einem höheren Niveau aufbaut, wodurch der polnische Handel den Weg über Öbgingen zu wählen. Tatsächlich ist vielmehr, daß Polen durch künstlich niedrig gehaltene Tarife und Subventionen, durch Zollergünstigungen, Subventionen und andere Maßnahmen dem polnischen Kaufmann die Benutzung des Öbginger Hafens schmökhaft zu machen verluft. Wäre es anders, dann hätte der erwachte Sachverständigenausschuß sich nicht veranlaßt gesehen, in sein Gutachten Bestimmungen über die Angleichung der Hafentarife von Danzig und Öbgingen aufzunehmen, durch die Danzig gegen die unwirtschaftliche Tarifpolitik der polnischen Regierung in Öbgingen geschützt werden soll. Da nun wenig Aussicht besteht, daß Polen sich der freien Fahrt Danzig gegenüber so verhält, wie dies es zu verlangen berechtigt ist, bleibt nur ein Weg, der aus der von Polen geschaffenen unhaltbaren Lage herausführt: die Revision der Grenzen, die sowohl Danzig selber, wie auch dessen kommerziell-schwächer und oberberücksichtigtes Hinterland wieder mit dem Deutschen Reich zu einer organischen Einheit verbindet. Dr. R.

Oberst House die Hoffnung der Polen.

Mit der Wahl Roosevelt zum Präsidenten der Vereinigten Staaten taucht ein Mann wieder auf, der, wie selten ein Amerikaner, den Gang der europäischen Politik bestimmt hat: Oberst Edward House, der mächtigste Berater Woodrow Wilsons. Seit dem Tode seines Präsidenten hat er geforscht. In einem Amerika, das die Politik eines Kartens, der auszug, um die Welt nach seinem Bilde zu formen, entschieden ablehnte, gab es für ihn kein Götterreich. Nach der Niederlage Hoover's scheint er wieder in die Politik zurückkehren zu wollen. In England ist er durch diese Rückkehr schon wieder erhofft als in Polen. Dieser Hoffnungen hat W. der nationaldemokratische Publizist Adolf Tomaszewski in der „Gazeta Wyborska“ Ausdruck verliehen: „Unter allen Amerikanern“, schreibt Tomaszewski, „die Paderewski für den Gedanken der Wiedervereinigung des polnischen Staates gewinnen konnte, stellen die deutschen Schriftsteller den Obersten Edward House an die erste Stelle. Und gerade dieser House tritt jetzt nach einer zehnjährigen Zurückgezogenheit wieder in die politische Arena. ... House“, heißt es weiter, „hat viel zum Siege der Demokraten (also zum Abbruch Roosevelt's gegen Hoover) beigetragen. Er gehört in den nächsten Monaten den kommenden Präsidenten. Seine Freundschaft mit Paderewski hat seine große Sympathie für Polen werden der Republik in der kommenden gefährlichen Zeit sehr zufluten können. Er wird ausgleichend entgegenwirken, manche Einflüsse und Suggestionen von gegläubigen und unersöhnlichen Feinden aus dem Kreise des kommunisten“

den Präsidenten abzuwenden.“ Senator Borah, meint Tomaszewski, habe an House verloren. „Aber dafür sieht in das Weiße Haus die gelbe Presse herzu, die immer für Polen wenig übrig hatte. Die übrige amerikanische Presse ist uns augenblicklich ebenfalls wenig feier. ... Um so mehr müssen wir die Loyalität des Colonel House uns gegenüber sichern. ... Es scheint, als ob sich dieser alte Amerikaner, der vor 14 Jahren an den 14 Punkten Wilsons mitarbeitete hat, sich auch als guter Europäer bewähre.“ Tomaszewski ist also der Meinung, daß Oberst House in Sicht der für die Rückkehr für die polnische Sache in Amerika sein wird. Vielleicht hat er recht. Welche amtliche Rolle House im Roosevelt'schen Kreise spielen wird, ist noch nicht sicher. Daß sich sein Einfluß jedoch zum Nachteil Deutschlands bemerkbar machen wird, ist wahrscheinlich. Seine Berufung in eine führende Stellung hätte dem Deutschland als Kompensation auf Roosevelt's in den Offfragen aufgesetzt werden müssen. Auch in seine Rolle war nicht in der Wille der beamteten Mitarbeiter des neuen Präsidenten genannt. Das schließt nicht aus, daß er Einfluss auf Roosevelt's Politik ausüben kann.

Der Ostbund hilft Dir!

Wollst Du ihm helfen? Dann wir Mitglieder für ihn und Leser für sein „Ostland“ Dadurch fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache

Die Angst der Polen: Hitler bedeutet die Revision!

Wie die Polen jedes politische Ereignis in der Welt zunächst und vor allem daraufhin zu untersuchen pflegen, ob es sich zugunsten oder zum Nachteil ihrer Korridorposition auswirken wird, so haben sie auch die Revisionen politischer Verträge in der Welt nicht anders betrachtet. Nach den Äußerungen ihrer Presse zu urteilen — einzig darauf, daß die Übernahme der Regierungsführung durch den Führer der RSDVP ein weitpolitisches Ereignis darstellt. Der Name Hitler ist für die Leute mit den chronischen Angstsyndromen und dem schlechtesten Gewissen von jeder der Unbegreiflichkeit alles Übels gewesen. Das Kabinett Hitler, meint der Regierungsrat „Milit. Kurj. Codz“, sei kein gutes Zeichen für die Zukunft Deutschlands und für Europa. Es werde ein Kabinett der Fühlungen, des Revisionismus und des Kampfes um die Gleichberechtigung sein, schreibt der konservative „Gazeta“. Was die auswärtige Politik betreffe, so sei die neue Regierung Vertreterin der deutschen Rechte und der revisionistischen Politik, meint die christlich-demokratische „Polonia“ Korfants. Und auch der sozialistische „Kobornik“ spricht von der „Revolutionsregierung“ Hitlers. Was die polnische Presse sonst noch über die Kanzlerschaft Hitlers schreibt, ist wenig interessant. Daß sie an dem nationalsozialistischen Reichskonzept kein gutes Haar läßt, versteht sich von selbst. Für Hitler ist das nur eine Empfehlung.

Am Warshawer Stijn hat der Abg. Oberst v. D. Arzijski am 6. Februar u. a. folgende Rede über die Folgen der Revisionen der Bildung Deutschlands gehalten: „Wir nähern uns dem Augenblick, in dem auf friedlichem Wege das Schicksal unser Vaterland beginnen wird. ... Der neue Kanzler Hitler hatte in seinem Parteiprogramm ausdrücklich die Forderung aufgestellt, daß uns Demorerellen weggenommen werde. Da müssen wir die Frage stellen, ob der Kanzler Hitler einen Krieg mit uns herbeiführen will, denn auf friedlichem Wege wird er Demorerellen von uns nicht erlösen.“ Der Abgeordnete forderte dann die sofortige Inangriffnahme des Baues von Befestigungen im Korridor. Der durch die Befestigungen gebundene Geist der Bevölkerung, meint er, könne bekämpfen, daß jedes Dorf zu einer Festung werde. Sogar eine kleine Anzahl von Befestigungen könne eine riesige moralische Bedeutung für die Bevölkerung haben, die kämpfen wollte und gegen verschiedene Gefahren zu kämpfen haben werde, die reguläre Truppen annehmen.

Entstehen — so ist man versucht zu fragen — diese moralischen Widerstandskräfte nur aus dem Bau von Festungen? Ob Festungen oder nicht — es gibt Leute in Polen (und man sagt ihnen noch, daß sie von diesen Dingen etwas verstehen), die eine Ermüdung der moralischen Widerstandskräfte der polnischen Bevölkerung im Korridor nicht feststellen wollen. So hat der Abgeordnete Winiarski am 6. Februar im Sejm darüber gesprochen, daß „die moralische Widerstandskraft der Volksgemeinschaft in Demorerellen durch verschiedene Maßnahmen geschwächt“ wurde und daß „das gerade zu einer Zeit geschehe, in der in Deutschland ein Zusammenbruch der nationalen Kräfte erfolgt“. Auch der ehemalige diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Strasburger, ist dieser Ansicht. Es sei nicht mehr möglich, hat er am 6. Februar in einem seiner Propagandaberichte in Warshaw gesagt, daß Deutschland mit Polen wegen des Korridors einen regulären Krieg anfangen werde; nicht nur fremde, also nicht der deutsche Wille sei es, was Polen gefährlich werden könne, sondern lediglich die eigenen Fehler. Und davon, daß solche Fehler von der „Führer“-Regierung fortwährend, in der inneren Verwaltung wie in der Außenpropaganda, begangen werden, ist die nationaldemokratische Opposition überzeugt. Eine lehrhafte Politik habe, wie Winiarski sagte, in Zustand die Meinung entstehen lassen, „daß Polen etwas zum Abtreten habe“.

Auch die polnische Regierung hat sich nicht dem Eindruck verschließen können, daß am 30. Januar in Deutschland die härtesten Aktivitäten der Revision an die Macht gelangt sind und daß sich nicht mehr als für Polen darauf ankommt, alles zu vermeiden, was Deutschland Gelegenheit geben könnte, die Grenzrevisionsfrage zur Sprache zu bringen. Aus dieser Überlegung heraus ist wohl auch das in seinen Nationen zunächst unklare Verhalten Polens auf der Abrüstungskonferenz zu verstehen. Die polnische Abfrage an den „Konstruktiven Plan“ Paul-Boncourts ist wohl in dem Wunsch erfolgt, eine Aussprache über das einen wesentlichen Teil dieses Plans bildende Sicherheitsproblem zu verhindern; denn hier vor einer Zeit hat der Außenminister von Katowice erklärt, daß Deutschland die Ölgrenzenfrage aufheben müßte, wenn eine andere Macht die Frage eines territorialen Garantiepaktes zur Diskussion stellen würde. Um dieser Gefahr einer Aussprache über das Ölgrenzenproblem zu entgehen, hat Polen dem Quai d'Orsay seine Gefolgschaft in der Abrüstungsfrage verweigert und von sich aus sachlich völlig ungenügende Vorschläge für ein sofort abzuschließendes Abrüstungskompromiß unterbreitet, in dem Verfahren, den ganzen gefährlichen Fragenkomplex bis 1938 zu vertagen.

Mitbestimmend für dieses Verhalten Polens ist wohl auch die Befürchtung gewesen, daß sich Frankreich bei einer einmaligen Ölgrenzenausprache in Genf Deutsch-

land gegenüber zu irgendwelchen Zugeständnissen bereitfinden könnte. In diesem Mißtrauen gegenüber Frankreich wurde Polen gerade ein paar Tage vor der Genfer Abrüstungsaussprache durch seine Äußerungen Pierre Cois bekräftigt, der im Kabinett Paul-Boncour unterhaltsamerweise im Außenministerium war und im jetzigen Kabinett Daladier den Polen seine Vorkabinetsminister bekleidet. Pierre Cois war den Polen hinsichtlich der Grenzrevisionsfrage schon von jeher verächtlich. Nun hat er sich kürzlich in der „Republique“ wieder einmal zu dieser Frage geäußert. Er hat die Aufhebung der Beschlüsse verlangt, der zufolge für alle Vorkabinets des Völkerbundes einstimmigkeit erforderlich ist. Weiter hat er die Anbahnung direkter Verhandlungen zwischen den an der Revision unmittelbar interessierten Staaten gefordert. Er ist sogar so weit gegangen, Eupen und Malmeid folgen zu lassen und dem Beginn der Revision bei den Kolonien und den im Auslauf zu stellen. Was liegt für die immer argwohnigen Polen wohl näher als anzunehmen, daß der französische Minister, der den belästigten Bundesgenossen preisgegeben bereit ist, wenn es ihm im Interesse Frankreichs zweckmäßig erscheint, im gegebenen Augenblick auch bereit sein wird, den polnischen Bundesgenossen folgen zu lassen und Deutschland den Korridor und Ostoberschlesien zuzugestehen?

In einem am 6. Februar dem Vertreter der Verbönder „Daily Mail“, Oberst Etherton, gemachten und dann am 12. Februar in zum Eck entstellter Form im „Sunday Express“ veröffentlichten Interview hat Reichskanzler Hitler u. a. erklärt, daß mit dem Korridor der deutschen Nation ein ganz besonders großes Unrecht zugefügt worden sei und daß jede deutsche Regierung verlangen werde, daß das in dem Diktat von Versailles niedergelegte Unrecht wieder gutgemacht werde. Durch diese Säkularisierung des Reichskanzlers wird noch namens die einstimmige Sorderung des deutschen Volkes hinsichtlich der Ölgrenzen bestätigt. Die Revision dieser Grenzen wird kommen, ob die Polen nun auf der Abrüstungskonferenz oder bei sonstigen Gelegenheiten in Genf dieses oder jenes Manöver ausführen, mit dem sie hoffen, die gefährliche Krippe der Revisionsausprache umgeben zu können. Verfallens wird ausgeschlossen werden und die Grenzen, die dort einem willen- und wehrlosen Volke in den bitteren Tagen des Zusammenbruchs diktiert worden sind, werden vom vertriebenen Volke, nachdem es die Zeit des äußeren und inneren Zerfalls überstanden hat, wieder vorgetragen und so neu festgelegt werden, wie es die Eitelkeit und die Vergessenheit u. a. die Lebenserfordernisse der Zukunft verlangen. Die Lügen, mit denen die polnische Propaganda die Welt überfremmet hat, werden diese notwendige Entwicklung ebenjowenig aufhalten können, wie sich das deutsche Volk durch die Kriegsbildungen der Polen von der weiteren Verfolgung seiner Revisionsforderungen wird abbringen lassen. Der polnische Staat, der sich der Revision der Grenzen widersetzt, ist — gemessen an der von revolutionären Impulsen getragenen Politik entstehenden Deutschland — das reaktionäre Prinzip, gegen das die Welt im Kampf ist und das im späteren oder fortgeschrittenen Stadium der lebensbedrohenden Kräfte der europäischen Völker aufleben werden. Auf die Polen trifft u. a. das „Kame Chronica“ kürzlich dem englischen Deutschhändler Kipling auf dessen unerwartete Angriffe gegen Deutschland geantwortet hat: Er beweise durch seine Ausfälle gegen die Deutschen nur, daß er nichts aus dem Kriege gelernt hat; er rede noch in einer Sprache, mit der man schon vor 15 Jahren Schluss gemacht habe, und deren sich schon damals kluge und gebildete Menschen bedient hätten. — Das Hitler-Interview hat natürlich in Polen großen Aufbruch erregt. Am Sejm ist die Veröffentlichung des „Sunday Express“ bekannt wurde, zu hitlerischen Tumultstagen gekommen.

*

Die polnischen Kolonialträume.

Der frühere polnische General Estnik berichtet im „Milit. Kurj. Codz“, in Warshaw erschienenen Buch der Major v. D. Leon Ziulowski, das den programmatischen Titel trägt: „Kolonien für Polen“. Der Krakauer „Kurjer“ unterstützt natürlich die von Ziulowski vertretenen Kolonialwünsche, die ja so alt sind wie die von polnische Staat, Ziulowski hat sich eine neue originelle „Begründung“ für die Kolonialansprüche erdacht. Er erklärt nämlich, daß Polen deshalb Anspruch auf Kolonialgebiete habe, weil es „im Jahre 1920 Europa vor der bolschewistischen Sturmflut geschützt“ habe. Außerdem führt er ein anderes, bereits früher vorgebrachtes „Argument für die Berechtigung der polnischen Kolonialwünsche“ an. Ziulowski fordert nämlich Kolonien für „Dachland“, das hat den Zweck, an Polen abgetretenen Gebieten proportional entsprechen müßte. „Eine fonderbare Logik! Mit dem gleichen „Rechte“ könnten die Polen etwa Anteile von Sibirien beanspruchen, das ja bekanntlich von Rußland kolonisiert worden ist. Um übrigen müßte sich ja aus dieser Auffassung der Rückschlüsse ergeben, daß Deutschland wenigstens auf die nicht polnisch werdenden Teile der ehemaligen Kolonien einen begründeten Anspruch habe, ein Ergebnis, das weder von Ziulowski noch von Krakauer „Kurjer“ beabsichtigt gewesen sein dürfte.

„Eine Entgleisung der Friedensverträge“.

Der Führer der rumänischen Konföderation, Stig. Silipesku, hielt eine von der gefassten Rumänischen Delegation beauftragte aufsehenswerte Rede vor einem erlesenen politischen Publikum über seine Eindrücke, die er bei seinem Aufenthalt in Berlin erhalten hat. Im Verlauf seines Vortrages kam er auf die Frage der Oligarchen Deutschlands zu sprechen und erklärte unter anderem: „Die brennendste Frage, die des politischen Korridors, wird ganz offen in allen politischen Kreisen besprochen. Auf die Frage, ob die Polen ohne Ausgang zum Meer sein können, antworteten die Deutschen: Das Problem soll so gelöst werden, wie es die Geschlossenheit, Ungarn und die Schweiz gelöst haben. Der polnische Korridor ist ohne Zweifel eine Entgleisung der Friedensverträge, die ebenfalls bereitgestellt werden soll. Zielsetzt wird die Frage auf der Weltwirtschaftskonferenz geklärt, jedenfalls wird nur eine Verhandlung zwischen Berlin und Paris die Lösung bringen. Frankreich ist bereits ermüdet durch die vielen Opfer, die es für Polen zu bringen gezwungen war und ist. Das wird natürlich zur Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland und dadurch zur Wiederherstellung Europas beitragen. Der Preis hierfür ist nur die Erledigung der Frage des Korridors. Unser Bündnis mit Polen darf uns daran nicht hindern, es wäre für uns eine zu große Bürde. Wir müssen beachten, daß falls der Block der Alliierten einmal zu zerbrechen beginnt, wir nicht vor einem Block der revisionistischen Staaten haben. Wir dürfen nicht weiter Deutschland zu einem Bündnis mit Ungarn drängen. Wir müssen durch das Angebot einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland die Aufmerksamkeit der Welt auf uns ziehen. Wir müssen mit Deutschland unsere Hilfe in der Frage Danzig zukommen lassen.“ Diese Äußerung Silipeskus ist kennzeichnend für die Gefolthatung Rumäniens in der Oligarchenfrage.

Vor der Grotius-Gesellschaft für Völkerverkehr in London hielt am 9. Februar d. J. der liberale Abgeordnete Clemellon-Jones einen Vortrag über die Revision der Friedensedikte. Er erklärte u. a., auf die Forderung Deutschlands nach einer Revision seiner Offergrenzen Bezug nehmend, Der polnische Korridor und die oberösterreichische Regelung seien die Quelle der Streitigkeiten und zum Behalten der derzeitigen polnischen Grenze abzugeben. Die offenkundige Mißachtung der Vertragsverpflichtungen gegenüber den deutschen Minderbeirungsgruppen durch die polnische Regierung habe die Deutschen in ihrer Forderung nach Revision noch bestärkt. An einer Verbindung könne England die Initiative zu einer Revision der Friedensverträge ergreifen; durch den Vertrag von Versailles ist Deutschland aller seiner überzeitlichen Forderungen beraubt worden. Es sei jetzt die Zeit gekommen, um die Lösung der meisten dieser Gebiete neu zu prüfen. Er lehnte nicht, darauf zu dringen, daß das Mandat eines dieser Gebiete Deutschland übertragen werde, um es schließlich vollständig zu übernehmen zu lassen. Deutschland hat seiner mannhafte und zunehmende Bevölkerung habe ein völliges Recht auf Überlegenheit zwecks Ausdehnung, und England mit seinen riesigen Kolonialbesitzungen wie auch die übrigen westeuropäischen Mächte wären sehr kühnlich, wenn sie weiterhin Deutschlands Wunsch nach Wiedererlangung seiner Kolonialgebiete nicht anerkennen, wenn sie später irgendwelche Gebiete für eine britische Deutschlands Anspruch unterwerfen, wahrscheinlich eine völlig neue internationale Lage schaffen. Der Redner betonte hierauf, es sei schwer, irgendeine Fortschritt für die graue Welt herbeizuführen Ungarns zu finden, denn man soll drei Viertel seines Gebiets und fast zwei Drittel seiner Bevölkerung gerant hat.

Die Pariser Wochenchrift „Matioune“ hat den englischen Ministerpräsidenten M. Donald, den früheren Außen- und Marineminister Aulien Chamberlain und den Finanzminister Reville Chamberlain über die französisch-englischen Beziehungen befragt. Am beachtenswertesten ist dabei die Äußerung Aulien Chamberlains, die sich mit der Grenzgebung im Osten befaßt: „Ich würde eine deutsch-französische Annäherung gern sehen. Bewußt muß auch Deutschland das eine dazu beitragen und die Willkürlichkeit der gegenwärtigen Lage anerkennen, wenn es später irgendwelche Entscheidungen zu finden hofft. Eine großmütige Verhandlung der Vergangenheit ist das einzige Mittel, ein annehmbares europäisches Leben wiederherzustellen. . . . Die Deutschen haben in Dacarno für immer auf Elsaß-Lothringen verzichtet. Wir können nicht von ihnen verlangen, daß sie förmlich auf alle Hoffnungen, ihre Offergrenzen zu ändern, verzichten. Wir haben aber das Recht, sie zu bitten, daß sie loyal in der übernommenen Verpflichtungen sowie die, die einmal zum Recht geworden sind, um die von ihnen gewünschten Verbesserungen durchzuführen. Und andererseits müßten wir alles tun, was in unserer Kräfte liegt, um den Deutschen zu helfen, die Vergangenheit zu vergessen und um ihnen das Leben ertüchtlich zu

machen. Man darf sie nicht in die Lage eines Spielers versetzen, der alles verloren hat, aus Verzeimung ihnen letzten Krampf ausgesetzt und in Ermüdung in seinen Zusammenbruch mitzuerleben droht. Sie sind die Franzosen, die die Welt zu errichten, das das Leben heben bleibt und sich um eine Formel einen Vertrag kristallisiert. Sie müssen die Mentalität des Siegers, die ihnen nicht zurecht, aufgeben.“

Die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Deutschland und Italien seit Jahren bestanden, haben, seitdem Hitler, der die Rotenregierung einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit von besonderer Wichtigkeit, an der Regierung sich allezeit bemüht hat, ein deutsch-italienisch-ungarisches Bündnis aufkommen lassen. Im Auswärtigen Ausschuß der Pariser Kammer behauptete ein Abgeordneter, daß zwischen Berlin, Rom und Budapest bereits am 7. August v. J. ein Defensiv- und Offensivbündnis abgeschlossen worden sei, dem jetzt, da die Nationalsozialisten an der Regierung seien, natürlich erhöhte Bedeutung zukomme. Der Bericht soll danach erklärt haben, daß es das Vorbereiten eines solchen Abkommens, ohne positive Beweise zu besitzen, vermute und daß seiner Meinung nach zum mindesten zwischen Deutschland und Ungarn sowie zwischen Italien und Ungarn dergleichen Abkommen bestünden. — In der Wochenchrift „Capital“ veröffentlicht René D'Inon einen Artikel über Hitler und Mussolini, in dem er gleichfalls von einem deutsch-italienischen Abkommen spricht. In diesem Abkommen, meint D'Inon, habe sich Italien verpflichtet, Deutschland zu Rückgaben des Korridors zu verhelfen, während Deutschland Italien verpflichtet sei, allen in der dem internationalen Frage zu unterstehen. — Die Reichsregierung hat die Existenz eines dergleichen Abkommens bestritten, Mussolini hat die Ansprüche an den italienischen Ministerrat ebenfalls.

Diese Gerüchte sind offenbar unter dem Eindruck der deutsch-italienischen Zusammenarbeit auf der Abrüstungskonferenz entstanden. Vielleicht hat auch der Märgel der politischen Italienreise, die der Staatssekretär des Warshawer Außenministeriums, Graf Symbek, Mitte Januar unternommen hatte, in diesem Sinne gemittelt. Der Graf hat, als er damals von Warshaw abfuhr, nachdrücklich gesagt, Italien von Deutschland trennen, den vornehmsten Schritt zu tun, den es tun kann, um die Beziehungen zwischen den beiden polnischen Schließung in der Korridorfrage, vielleicht auch in der Nüchternfrage veranlassen zu können. Aber vermutlich hat ihn, als er vor dem Duce land, seine formale Rühmlichkeit verlassen, und er hat wohl eingesehen, daß in der Stadt der sieben Hügel ein anderer Wind weht, als er ihn von seiner an der Peripherie der europäischen Zivilisation gelegenen Heimat her gewohnt ist. Man sagt auch, daß der polnische Graf u. a. die Ansicht geäußert haben soll, als „Symbek“ für ein „Einigen“ Mussolini in der Reichsleiter Revisionfrage die Zustimmung des Duce zu einer Revision des Diktats von Eriamon in italienischer Sprache zu geben. Dieses „großmütige“ Angebot des polnischen Grafen hätte, wenn er überhaupt dazu gekommen wäre, es dem Duce zu unterbreiten, in Rom vermutlich ebensolange Eindruck gemacht wie seine Drohung, daß Polen sich gegebenenfalls enger an die kleine Entente angeschlossen werde. Denn in Rom weiß man, daß die Revision des Diktats von Eriamon nicht von der Zustimmung Warshaw abhing, daß das Schicksal der kleinen Entente ebenfalls von Polen bestimmt wird und daß das Verhältnis zwischen Rom und Paris nicht von der Weisheit her dirigiert werden kann.

Ein Armutzeugnis.

Die „Mittelrheinische Volkszeitung“ in Bingen hat kürzlich einige Ausstellungen über den deutschen Osten gebracht, die nicht uninteressant zu sein dürften. Diese Zeitungsblätter hat in einem 2½ Seiten langen Artikel den Ratgeber zu erbringen versucht, daß die Osten kulturell, geistig und insbesondere auch politisch um tausend Jahre hinter dem Westen zurückstehe. Als nämlich Rhein und Donau, so heißt es da zur Begründung, bereits tausend Jahre vor dem römisch beeinflussten Kultur erschlossen waren, für der deutsche Osten noch Steppes und Urwald mit sich schlingender Bevölkerung gewesen. Was, was der Osten für ein „Armutzeugnis“ durch den Westen zu sein die Oligarchie kennzeichnet werden. „Dafür mußte der Osten auf alle Zeit dankbar sein — aber, so geht es ferner, gemäß weiter: leider habe man in der neuesten Zeit diese Dankbarkeit ganz vergessen! Mit Recht setzt sich die Presse im Osten gegen diese Diffamierung das ostdeutschen Völkerslebens und diese gebührende Herabsetzung der politischen Bedeutung des deutschen Ostens durch die Reichsregierung zur Wehr. Wenn das Zentrumslager das es für typisch Bedürfnis hat, sich an bestimmten Persönlichkeiten zu wenden, um die Sache des Ostens zu fördern, dann würde es sich für daran für den Wohl des Ostens zu tun. Eine solche Aufgabe, die seine Hintermänner nicht dem Verdachte aussetzte, niemals etwas von Kant oder Herder, von Eichendorff oder Hamann, von den Befreiungskriegen oder der Reichsänderung, von der Marienburg, von der Börner Modona oder dem künftigen Reiches gehört zu haben.“

Die Verfolgung der deutschen Schule.

Während der Seimasprache über den Etat des polnischen Unterrichtsministeriums gab der Regierungsabgeordnete Hallar die Zahl der in deutschsprachigen Volksschulen unterbrachten deutschen Kinder mit 62 000. Die Schülerzahl der deutschen höheren und niederen Schulen mit etwa 10 000 an. In den Kreisen der deutschen Minderheit Polens werden die Angaben Hallars, soweit sie sich auf die Volksschulen beziehen, als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Das letzte Schuljahr, das nach genauere statistische Angaben vorliegen, war 1930/31. In diesem Jahre zählte man in ganz Polen 46 500 deutschbesessene Volksschulkinder, davon 35 600 Kinder in öffentlichen deutschsprachigen Schulen und 10 900 in Privatschulen. Seitdem ist aber eine Reihe deutschsprachiger Lehranstalten geschlossen worden, und die Gesamtzahl der deutschbesessenen Volksschüler wird heute für ganz Polen auf etwa 45 000 geschätzt. Abgeordneter Hallar hat auch nichts darüber gesagt, wie sich die Zahl der deutschbesessenen Kinder in der Gesamtzahl der deutschen Schulkinder in Polen verhält. Er hat versagt mitzuteilen, ob in Kongresspolen gegenwärtig kaum mehr als 6 v. H. der deutschen Kinder deutschbesessene sind und daß es in Polen zehntausende deutscher Schulkinder gibt, die monoglossale eine polnische Schule besuchen.

Nach dem polnischen Statistikk der Schulbücher aller Art aus dem Auslande zum Einfuhrzoll befreit. Eine Einfuhr spielt eine besonders große Rolle für die deutsche Minderheit. Jetzt hatte der Deutsche Schulverleger in Bromberg von dem Verlage Hirth in Breslau einen großen Vollen behobelter Schulfächer für Kinder des ersten Schuljahres bestellt. Die polnische Zollbehörde weigerte sich, die Sendung passieren zu lassen, und verlangte Hinterlegung einer erheblichen Kaution. Es wurde beschwerte beim Finanzministerium eingelegt, das jetzt antwortet hat, daß der Zoll gebührt werden muß. Deutsche Sibirien seien keine Schulbücher, und da sich Bücher in den Sibirien befinden, handle es sich um Bilderbücher mit Text, für die der Zoll besonders hoch ist. Der deutschen Minderheit wird durch diese Entschädigung der Bezug deutscher Sibirien unmöglich gemacht.

Der Landwirt Albert Ringer in Słogowko, Kreis Schwedt, der deutsche Reichsangehöriger ist, wollte sein Kind in die deutsche Privatschule in Schwedt schicken. Der Kreisinspektors verweigerte die Aufnahme und drohte dem Landwirt schwere Strafen an, wenn er sein Kind nicht in die polnische Schule schicken werde. Ringer beschwerte sich beim Schulkuratorium in Polen, da in Polen für Aus-

länder keine Pflicht bestehe, die Kinder in polnische Schulen zu schicken, das Schulkuratorium hat darauf geantwortet, die Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache seien nur für polnische Staatsbürger deutscher Nationalität bestimmt, und Ringer müsse sein Kind in die polnische Schule schicken. Ringer hat gegen diese Entschädigung Beschwerde beim Unterrichtsministerium erhoben. In Deutschland schicken auch zahlreiche polnische Staatsangehörige ihre Kinder in polnische Minderheitsschulen, ohne daß bisher Deutschland irgendeine dagegen Stellung genommen hat. Sicher! Man wird die Praxis in Deutschland nach dem polnischen Verhalten im Falle Ringer und in ähnlichen Fällen richten müssen.

Die deutsche Schule in Krotoschin, die aus Reichsmitgliedern besteht, wurde nicht, hatte die Absicht, wegen der sehr unangünstigen Elternbeziehung der polnischen Schulkinder geeigneten Aufbaus zu erwerben. Von der Polizeibehörde ist die Genehmigung zum Betrieb des Autobus verweigert worden mit der Begründung, daß ein solcher Autobusbetrieb die Gesundheit und Sicherheit der Kinder gefährdet. Die schickliche Behandlung der deutschen Schulkinder durch die polnischen Behörden erfordern durch diese Tatsache eine neue Befragung.

Der Prozeß gegen Schurat Dudek.

Die Verurteilung des Schurats Dudek, Abteilungsleiter im Deutschen Volksbund in Kattowitz, hat das Oberste Gericht in Warschau nicht aufrechterhalten können. Dudek war seinerzeit wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse in zwei Instanzen zu anderthalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Exerzitation verurteilt worden, die von ihm eingeleitete Berufung wurde abgelehnt. Das Urteil wurde jetzt aufgehoben und das Wiederaufnahmeverfahren beschlossen. Die Unangefälligkeit verschiedener Zeugen, die sich im späteren Urteil-Prozeß als Polizeispitzel herausstellten und die auch im Dudek-Prozeß eine Rolle gespielt hatten, hat zu der Aufhebung des Urteils wesentlich beigetragen.

Bis zum 20. Feb. müssen Hauptbestellungen aus unier „Ostland“ für den Monat März aufgegeben werden. Später erlöschen Bestellungen für eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugsp. für 1 Monat beträgt 0,50 Pf. (ohne Zustellungsgeb.)

zum ersten Male sah sie ihn wieder an. Und sie sah, daß es nicht der Landwirt war, den sie begehrte, sondern der Kälberer, der Monate in ihrem Hause gelebt hatte, den sie kannte, den sie liebte. „Da“, sprach sie still über anderen Antwort. Und sie richtete ihn das Stimmisen.

Er verstand, daß es heißen sollte: ich fürchte mich nicht. Ein Reueben lag über seine Augen.

„Dani!“ Er nahm ihre rechte Hand vom Tissegel fort und küßte sie. „Was tut Ihr?“, sagte sie verwirrt und kopfschüttelnd.

Und als müßte sie dies und seine Ergrüßung so schnell wie möglich vermissen, fing sie höflich zu reden an. Es sei nicht recht, daß er nun wieder wondere. Ob es im Dorf nicht ganz schön sei? Er solle nur leben; jetzt, wo der Frühling komme. . . . All die Wälder ringeum.

Und Arbeit habe er doch genug, je geföhrt, wie er nun einmal sei. Niemals hätte sie einen so geföhren Kälberer gesehen — alles, was recht ist. Und wenn sie sein Leben doch nun einmal zum Guten gewandt habe, wie er meine — ob es auch wahrlich nicht der Rede wert wäre — wie ein Dieb Sibirische man sich dann gerade nicht fert.

Er hätte der Mutter gut und gerne Hühner sorgen können. Man hätte noch etwas zum Abschied angerichtet — etwas Feines. Reis mit Zimt bestrukt — das esse er ja so gerne. Ja, und — und —

Sie hatte sich warm und rot geerdet, hüßlich purpelt die Worte übereinander. Sie verzittert ihr Herz. Als sie das merkte, fing sie an zu flötzen.

Da kannte sie bestig mit der Deutsche: „Warum müßt Ihr denn laufen?“

„Das will ich Euch sagen“, erwiderte er. Sein Atem war kurz, seine Hand legte sich fest um das Sibirier. „Aber jetzt nicht auf! Und mit ein wenig heiserer Stimme: „Weil ich kein Heiliger bist zum Heiligen könnt auch Ihr mich nicht machen, Daß Ihr am wenigsten immer so neben Euch sag. Ich sag — und Euch sehen und — weil ich das nicht aushalte! Weil Ihr zu schön seid, weil ich Euch lieb habe.“

Sie schloß seinen Blick, wußt, schon . . . Es überließ sie heiß. Und plötzlich war er vom Wägelchen gelungnen, mit einem einzigen Satz.

„Sahst mich nicht an, Dani . . . ich will jetzt fragen, was ich nicht weiß. Alles habe ich Euch jetzt erzählt, — molit Ihr mich zum Mann? Nicht an Euch, nicht an mich . . . Kein aber ich.“ Wenn nicht, dann peißt auf den Esel, laßt zu. Ihr Seht doch!“

„Und wenn ja . . .“, fragte ihre klingende Stimme. Sie war aufgefunden.

„Dann . . . dann . . .“

Aber schon brach ein lautmäßer, rauber Schrei aus seiner Brust. Der ließ durch die frühlingstagenen Wälder und fing sich in ihrer

Tiefe. Mit den beiden Armen griff der Riese zu. Vom Wagen riß er in seine Brust. Er trug sie. Er schwenkte sie. Reueben, seig, müd. Wie ein Verdursteter küßte er sie.

„Raubler!“, sagte sie. „Doch dabei kam das Reueben — das innere, so lange verunkene Reueben — in ihre Augen, und sie lag sich in seinen Armen und küßte ihn.“

Sie machte sich aufreden. Dazu, so viel größer war er, und da sahien und die Sonne in die Augen hinein. Ganz von innen und außen.

Niemand beachtete den schönen Anton. Der sollte sich gemächlich weiter auch ohne Aufseher . . . immer die Straße lang. Wer weiß, ob sie ihn eingeholt hätten, denn er war ein gut Stück voraus. Aber da kam der Geißnu des Alters über ihn. Er blieb von selbst stehen und horrte verunkene zu Boden, als müßte er das Rißel dieses kleinen und großen Lebens hören.

So hielten sie ihn ein. Dem war abgemacht, daß Markus Rabot gleich wieder aus der Stadt mit zurückfuhr. Aber die Andrea fertig war, verstand er. „Mit bunten Wäldern werden kaum er wieder, Er band sie an die Deutsche, an das Wägelchen. Er band sie an die Henkel der Viehkannen und an die Wäde des schönen Anton.

„Wie eine Hochzeit werden wir einfahren“, sprach er mit unterdrückten Jubel.

Und so fuhr sie wirklich durch den grünen Frühling und den neubenen Wind, der die farbigen Wälder flattern ließ gleich fröhlichen Wäpeln.

Jamruy mußte sich die schöne Andrea laufend gegen den Riesen wehren. „Es ist ein Kreuz mit dem Mann! Und ich habe das Kreuz mit noch selber aufgeladen und ins Haus gebracht.“

„Du schlug sie ihm auf die Singer. Er aber hielt ihr die Hände fest — die Hände, die nicht mehr so hüßlich waren wie früher, sondern die mehr und mehr den „guten Arbeiters“ worden Konarski ähnlich wurden.“

E n d e .

Der Letzte von Karf.

Am Januar wurde unter großer Beteiligung der Landbüdger der Kreise Eregny und Eiben Oberbesißiger. Es ist ein O. B. e. k. in der Kreise Karf. Mit ihm ging der Letzte von Karf dahin. Beim obersteifflischen Polenausschuss im Jahre 1921 hatte die deutsche Behörde 10 obersteifflischen Landbüdger in Karf bei Deuten den Befehl gegeben, sich den Polen entgegenzustellen. Alle fanden den Tod, bis auf Beckert, der von den Polen für ein hingeflochten, Beckert wurde später nach dem Kreise Eiben verlegt.

Polnische Minderheit und Reichstagswahl.

Die polnische Minderheit wird sich an den kommenden Reichstagswahlen nicht mehr mit einer eigenen Liste beteiligen können. Durch die von der Regierung Hitler vorgenommenen Änderungen des Reichswahlgesetzes wird ihr das unmöglich gemacht. Zu diesen Änderungen gehört nämlich auch die Bestimmung, daß diejenigen Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt haben, für mindestens einen Kreiswahlbezirksschloß je eine Unterabteilung aufstellen müssen, als Stimmen zur Erlangung wenigstens eines Reichstagsmandats erforderlich sind, also 2000. Dem schließt die „Polnisch-katholische Volkspartei, die es im November 1932 auf knapp 27 000 Stimmen im Reich gebracht hatte, aus dem jetzigen Reichstagswahlkampf aus. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß diese Änderung des Reichswahlgesetzes nicht im Hinblick auf die polnische Minderheit vorgenommen worden ist. Ihr Sinn ist vielmehr, den zahlreichen Splittergruppen, die bei jeder Wahl Hunderttausende von Stimmen nutzlos verdrängen, das Handwerk zu legen. Sie dient dem leitenden Gedanken, unter dem die Regierung Hitler diesen letzten Wahlkampf durchzuführen will: klare Fronten zu schaffen. Es fragt sich, wem die politischen Stimmen am 5. März zufallen werden. An der Oberleitung kann das Wahlergebnis durch die politischen Stimmen kaum beeinflusst werden. Im Wahlkreis Posen besteht an sich die Möglichkeit, daß das Zentrum, wenn es ihm gelingen sollte, alle dortigen Polenstimmen an sich heranzuziehen, ein weiteres Mandat gewinnt. Neben dem Zentrum kommen als Anwärter auf die Polentstimmen wohl in größerem Ausmaße nur noch die Kommunisten in Frage. Diese beiden Parteien werden sich daher wohl auch am meisten um die Gunst der polnischen Minderheitsstimmen bemühen, wobei der einen ihre grundsätzliche Staatsfeindschaft, der anderen ihr katholisches Erbe zugute kommt. Die Führer der polnischen Minderheit haben, da sie keine Wahlparole ausgeben und in dieser Parteien finden konnten, Wohlhaltung empfohlen. Das Zentrum erscheint ihnen nicht weniger „bolschewistisch“ als die anderen deutschen Parteien; immerhin mögen sie sich daran erinnern, daß der Zentrumsgesandnete Landesrat Ehrhardt-Rathor einmal gesagt hat, das Zentrum sei keine deutsche Partei in dem Sinne der übrigen Parteien, sondern es habe auch die Interessen der polnischen Minderheit zu vertreten. Den übrigen werden die Polen ja bei den Reichstagswahlen 1933 in Form von Mandaten zufließen können, zu zeigen, was es mit den Versichten ihrer Presse über das Wiedererlangen des Polentums auf sich hat, oder die Eröffnung des Polentums in Preußen, die Gründung neuer Zeitungen in Oppeln und die erhöhte Aktivität der Volksbanken im Lande gewesen sind, den Abstieg der polnischen Minderheit, der sich in den Wahlen des letzten Jahres dokumentierte, aufzuhalten.

Die „Polnische Zeitung“ glaubt darauf hinweisen zu müssen, daß die erwähnte Abänderung des Wahlgesetzes manchen auslanddeutschen

Gruppen Schwierigkeiten bei Parlamentswahlen bereiten könnten. Dieser Hinweis erscheint wenig angebracht. Denn einmal ist es fraglich, ob es in dem vor allem in Betracht kommenden Völkern noch einmal zu Parlamentswahlen kommt. Und dann finden ja nicht nur Reichstags-, sondern auch Landtags- und Kommunalwahlen statt, an denen die Polen sich nach wie vor mit eigener Liste beteiligen können und die aller Voraussicht nach wieder den Nachweis erbringen werden, daß jeder Versuch der polnischen Minderheit, ein Reichstagsmandat zu gewinnen, den nachher ein höchstes ist, daß sich ein Bestreben dieser Minderheit am Reichstagswahlkampf also abheben erübrigt. Es ist daher auch völlig richtig, wenn J. B. die „Gazeta Olsztyńska“ schreibt, daß die Regierung Hitler, „mit einem Schlage auf der polnischen Minderheit dadurch abzurechnen gedanke“, daß sie ihr die Möglichkeit der Erlangung einer parlamentarischen Vertretung nehme. Es klingt angelehnt der 27 000 Wähler, die die Polen bei den letzten Reichstagswahlen im ganzen Reich auf die Beine bringen konnten, reichlich komisch, wenn das „Allenstein“ Polenblättern dazu weiter schreibt: „Wir sind eine Volksgemeinschaft, der eine eigene Vertretung sowohl im Reichstage wie im Landtage gebührt.“ Man kann es mit der pathologischen Veranlagung, unter der die „Gazeta“ heute zu leiden haben, einflußlos, wenn sie die Abänderung der Wahlordnung als „Reprellalie gegen das polnische Volk“ empfinden.

Die einzigen Wahlen, an denen die polnische Minderheit ein Interesse haben kann, sind die Kommunalwahlen. Die „Polonia“ weist darauf hin, daß die letzten Kommunalwahlen (1929) in Westoberschlesien in über 60 Gemeinden eine polnische Mehrheit ergeben hätten. Das hört sich großartig an, als es in Wirklichkeit ist. Denn in Westoberschlesien gibt es 6 Stadtkreise, 28 kreisangehörige Städte und 168 Landgemeinden. Von den insgesamt 625 bei den letzten preußischen Kommunalwahlen vorhergehenden Stadtkreisdörfern- und Kreisstädtchen entfielen nur 31 Sitze auf die polnische Liste. So viel Sitze werden die Polen bei den jetzigen Wahlen kaum wieder gewinnen.

Groß-Wapiti.

Der für den 2. Februar vorgesehene Verteilungstermin für das dem Grafen Sierakowski gehörende Gut Groß-Wapiti ist aufgeschoben worden. Die Aufhebung erfolgte, weil Graf Sierakowski seine Gläubiger zum Teil befriedigt hat, zum anderen Teil bis zum 1. Mai d. J. noch befriedigen will. Die Vermögensverwaltung bleibt bis dahin bestehen. Man erwidert, schreibt die „Allenstein Zeitung“ hierzu, aus dieser Tatsache, wie abwegig die gehässigen Kommentare der polnischen Presse sind, die das Zwangsverfahren gegen Groß-Wapiti als einen Besatzkrieg gegen polnischen Besitz bezeichnet und „polnische Gegenmaßnahmen“ gegen Sierakowski bei andauerndem „Wapiti“ erhalten. Sein Schwiegervater ist der reiche und einflußreiche Fürst Lubomirski.

Das Siedlungsergebnis 1932.

Nach der kürzlich veröffentlichten preußischen Statistik sind im Jahre 1932 in Preußen insgesamt 7907 neue Siedlerstellen geschaffen worden. In den außerpreußischen Ländern, die sich mit der Siedlung befähigten, kommen, wie aus nachfolgender Stelle mitgeteilt wird, noch etwa über 1000 Stellen hinzu, so daß das Gesamtergebnis im Reich rund 9000 neue Siedlungen beträgt. Diese Zahl bleibt nicht hinter dem Siedlungsergebnis des Jahres 1931 zurück, wie von vielen Seiten angenommen worden war. Das verhältnismäßig günstige Ergebnis wird von den Sachleuten darauf zurückgeführt, daß die Siedlungsverfahren ganz erheblich beschleunigt worden ist. Eine ganze Anzahl großer Objekte, die erst im Frühjahr 1932 in Angriff genommen werden konnten, konnten infolgedessen im weit gefördert werden, daß noch im Herbst desselben Jahres die Übergabe der Stellen an die Siedler erfolgen konnte. Ein weiterer Grund für das gute Ergebnis liegt darin, daß die Siedlungsgesellschaften Land, das sie schon früher erworben hatten, infolge der großen Nachfrage im Laufe des Jahres reiflos zugeteilt haben. Die 7907 preußischen Siedlerstellen sind ausgeteilt worden auf einer Fläche von 87 451,7 ha, die Stellengröße beträgt also durchschnittlich 11,1 ha. Im Jahre 1931 betrug die Durchschnittsgröße nur 10,6 ha. Auch darüber liegt die Sachleute sehr befriedigt, denn es ist besonders erwünscht, daß Stellen geschaffen werden, die eine ausreichende Ackeranforderung für eine Familie bieten. Diese erfreuliche Tendenz ergibt sich auch, wenn man die Zahl der Kleinstellen unter 2 ha betrachtet. Sie machten 1932 nur 5 v. H. der Gesamtstellen aus, während 1931 ihr Anteil noch 13,4 v. H. betrug. Von den 7907 preußischen Siedlerstellen haben 423 eine Größe bis zu 2 ha, 3197 eine Größe von 2 bis 10 ha und 4287 eine Größe von mehr als 10 ha.

„Da es sich nur um ein vorläufiges Ergebnis handelt, liegen bisher noch keine genauen Zahlen über die Herkunft der Siedler vor. Es läßt sich aber schon jetzt erkennen, daß die 1932 angelegten Siedlerhöfe als für die Ausdehnung der Siedlungsgebiete des Ostens sehr wichtig genommen. Der Auftrieb wies sich bei der Senkung der Preise und der Anforderungen in sich, bei der Durchführung von Siedlungen in einem einfacheren Verfahren ergeben hat. Auch sind die Siedlungsbehörden und Siedlungsträger

immer mehr darauf hingewirten worden, daß die sie am aufgeteilten Gütern tätig gemessenen Landarbeiter nach Möglichkeit Siedlerstellen erhalten sollen. Sämtliche Landarbeiter können natürlich nicht untergebracht werden, denn nicht jeder von ihnen ist in der Lage, einen dauerhaften Betrieb selbständig zu führen, mancher befindet sich auch schon in einem Alter, in welchem der Aufbau einer Siedlung durch ihn nicht mehr möglich ist.

Über die Durchführung des künftigen Siedlungsprogramms schweben gegenwärtig die Erwägungen im Reichskabinet. Am 1. Januar 1933 befand sich in den Händen der Siedlungsträger noch ein Landvorrat, für den auch bereits Kredite bewilligt waren, in einem Umfang, der damit 3250 bis 3500 neue Siedlerstellen geschaffen werden können. Nach dem Erfahrungsfrüherer Jahre wird nur etwa die Hälfte des notwendigen Landes schon im Jahre vorher angekauft, so daß sich der Landvorrat für das laufende Jahr noch entsprechend erhöhen würde. Dabei ist aber noch nicht einmal berücksichtigt, daß große Teuflichkeiten aus entfalteten Gütern des Ostens und große Gesamtgüter, die nicht mehr entwicklungsfähig sind, im Laufe des Jahres den Vorrat an siedlungsfähigem Land erhöhen werden.

Arbeitsdienst.

Am dem Aufzug der Reichserhebung war auch davon die Rede, daß auf die Arbeitsdienstpfllicht besonderer Wert gelegt werden solle. Über den praktischen Ausbau des bisherigen Arbeitsdienstes ist zurzeit noch nichts Näheres bekannt. Die Arbeitsdienstpfllicht soll, wie Arbeitsminister Selde angegeben hat, organisch aus dem freiwilligen Arbeitsdienst heraus entwickelt werden. In der „Stichworte“-Zeitung vom 5. Februar wird eine Unterbreitung mit Selde mitgeteilt, in der die Arbeitsdienstpfllicht als späteres Ziel angegeben und festgestellt wird, daß vorerst auf der Grundlage der Freiwilligkeit weiter gearbeitet werden mußte.

„Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Der junge Ostmärker“ 16 Seiten.

Am 29. Januar 1933 verschied nach
langem Leiden der

Reichsbahn-Verkföhrer a. D.

Hermann Riffmann

im 62. Lebensjahre.

Erfurt, den 30. Januar 1933.
Blumenthalstr. 65.

In tiefem Schmerz

Hermine Riffmann,
geb. Ditz,
und Kinder.

Früher: Polen-Wilda und Rothenburg
a. Obra.

Während meiner Erkrankung vertritt mich
Herr Assessor Leitzke.
Dieser ist mit auch zum Notarvertreter bestellt.
Fiatum/Grenzmarz, den 10. Februar 1933.

Dr. jur. Johannes Manthey,
Rechtsanwalt und Notar,
auch zugl. beim Landgericht Schneidemühl.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W 30, Mohrstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen

durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Der Ostdeutsche Heimatkalender darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ führt auf über Tage und Gutsdienste des gesamten Ostdeutschlands, er
besonders den am idyllischen und idyllischen Teil der deutschen Ostküste, die uns mit allen geräumigen
Gebiete und die immer netterweise und besternte Ostküste. Er enthält literarisch hochwertiger Aufbäu-
gen. — In den nächsten besternte Nummer des Kalenders ist wieder Aufbäuungsmaterial für jeden, der sich
mit Ostfragen befaßt. In den nächsten besternte Nummer gibt er einen Aufbäuung aus dem idyllischen
Schaffen der Ostküste. Mit neuzeitliche Stoffe im Rahmen ist er nicht zu unterschätzen.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausgegeben! — Mo Druckstraße Jenden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Zugänglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726 (Richtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Poststation:

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Bilanz per 31. Dezember 1932.

| Aktiva | | |
|----------------------|----------|-----------------------|
| Kontogut | Böhlern | 85 273,94 |
| | Hadjee | 92 232,86 |
| Sparfasse d. Kreises | Brenzlau | 655,80 |
| | | RRR 178 182,60 |

| Passiva | | |
|-------------------|-----------------|-----------------------|
| Geldschatzanteile | Konto | 5 923,72 |
| Hypotheken | Konto Böhlern | 119 600,— |
| | Hadjee | 52 000,— |
| Gutsfasse | Böhlern | 655,80 |
| Kassafonto | Böhlern (Bürg.) | 3,08 |
| | | RRR 178 182,60 |

Am 31. Dez. 1932 betrug die Mitgliedszahl 44.
Genehmigte Stedlungs-genossenschaft
„Selbsthilfe“ e. G. m. b. H., in Liquidation.
Bürger, Hollenberg.

Ostmärker!

Beachtet
die Inzerenten des
„Ostland“.

Seminarkursus Bromberg 1880-83.

Zwecks Wiederlebens-
feier Anfahrtsorten erbeten
an

Dir. Seefahrer,
Bd. Salzbrunn, Schief.,
Eisenallee 2.

Landgasthof

mit Saal, 22 Morgen
Acker und Wiese, prima
Boden, feinst zu ver-
kaufen.

Preis 120.000.
Friedrich B. Gr. Kreis.

Sonniges Eigenheim

3 Zimmer, Wohnküche,
Veranda, Komf., Oblit-
geräten; bei geringer
Anzahlung veräußerlich.

Berlin-Wittenau
Schmitzstraße 4.

Ostmärker! Provisionsfrei

Glänzende Existenzen!

Anzahlung M.

Restaurationsgrdft. (4 Stöck.) i.
St. Gallen (Schmie) . . . sfr. 36 000
Einfamilienhaus (6 Zimmer) im
Kanton Zürich . . . sfr. 15 000
Verkaufbestellung in beb. Berl.
Bade- u. Auslaufort n. Vereing.
Gulthof m. Metzgerei i. Schwiz.
Ort am Bodensee sfr. 20 000—25 000
Grdf. m. Mehl- u. Suttermittel-
handlung sowie Kolonialwaren
in leb. Stadt i. d. Rheinmark

Landwirtsch. u. Vereing.
Landwirtsch., etwa 76 000 qm
groß, im Kant. Bern (Schmie)
sfr. 70 000

Pensionshaus m. kl. Landwirtsch.
(verl. Bauland) i. Colognoos . . 25 000

Gast- u. Pensionshaus (Höhen-
ort) i. Bodenseegebiet . . . 11 000
Pensionshaus (20 Räume) am
Kurpark in Dugnoos n. Vereing.

Bäckereigrdf. in leb. Anbau-
gebiet der Altmark . . . 7 000

Tischlereigrdf. m. Möbeler-
kaufgesch. im Zentrum der
Stadt Pirna a. d. E. (Süd-
Schwie) . . . sfr. 30 000

Landwirtsch. u. Vereing.
Landwirtsch. im Spreewald . . 30 000

Dampfsäge- u. Holzwerk mit
kompl. Maschinenpark i. Harz
n. Vereing.

Restaurationsgrdf. (Ausflug-
lokal, Schützenhaus) in Meckl. . 9 000

Herzschloß mit Wirtschafts-
gebäuden i. d. Gegend Rabe
Sack n. Vereing.

Landwirtsch. (2000 qm), erträgt,
in Sieding (Küstrin-Land) . . . 35 000

Jahresgrdf. m. Wohnhaus und
Vauxparzelle in Württ. n. Vereing.

Grdf. m. Kolonialwarengesch. i.
Restaurations-Rabe Magdeburg
Wohn- u. Geschäftshaus in
Lehrer Stadt Meckl. . . 25 000

Gulthofgrdf. mit Saalgesch. i.
Landwirtsch. u. Mineralbad i.
der deutschen Schwiz . . . sfr. 30 000

Bäckereigrdf. i. kl. Ort Rabe
Polack 10 000—15 000

Mühlengrdf. (3 Co.) in Meckl. . 13 000

Wohnhaus im Kanton St. Gallen
(Schmie) . . . sfr. 11 500

Villa (entzückender Baustil) in
Eifelherde . . . 18 000

Romfortable Villenbestellung mit
Existenzbetrieb in Kreisstadt d.
Bezirks Potsdam . . . 10 000—15 000

Miet- u. Geschäftshaus im
Zentrum Apolda (gr. Schau-
fensterfront) . . . 20 000

Hotel- u. Restaurationsgrdf.
(4 Stöck.) in bebaut. In-
dustrieort im Elb- . . . sfr. 750 000

Villengrdf. m. Komf. i. Ostharz
20 000

Jahresgrdf. m. Wohnh. i. Baden
26 000

Wohngrdf. m. Wagensch. i. d.
Lückermark . . . 11 000

Hotel- u. Restaurationsgrdf. in
Sieding i. bebaut. n. Vereing.
Wohnhaus mit Zimmerei in der
deutschen Schwiz Preis sfr. 25 000

Bild-Prospekte kostenlos.

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnerstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.



Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 8 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes / 1933.

Bundesnachrichten.

Gerhart Hauptmanns Dank an den Deutschen Ostbund.

Das Präsidium des Deutschen Ostbundes hatte an Dr. Gerhart Hauptmann anlässlich seines 70. Geburtstages folgendes Glückwunschschreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Dr. Gerhart Hauptmann!

Zu Ihrem 70. Geburtstag überlinden auch wir Ihnen, dem weltbekannten Sohn der Ostmark, der in seinen Werken ostdeutsches Wesen so klar wiederpiegelt und dadurch Verständnis für die Seele und das Werden des ostdeutschen Menschen im Vaterlande und in der ganzen Welt verbreitet hat, unsere aufrichtigsten und herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Wir fügen Nr. 46 unserer Wochenschrift „Ostland“ bei, die einen Auszug enthält, in dem wir Ihnen die besten Wünsche senden und Ihre enge Verbundenheit mit Ihrer schicksaligen Heimat und dem ostdeutschen Volkstum überhaupt dargelegt haben, so daß wir an dieser Stelle darauf nicht wieder eingehen brauchen.

Mit unserem herzlichsten Dank dafür, daß Sie Ihren ostdeutschen Heimat allezeit treu geliebt haben, daß Sie ostdeutsches Wesen in so hervorragender Weise in Ihren Werken zum Ausdruck gebracht und in die Weltliteratur eingeführt haben, daß Sie allezeit ein Mahner zu deutscher Einigkeit und Eintracht und ein Bekämpfer deutscher Feindschaft gewesen sind, verbinden wir den herzlichsten Wunsch, daß Ihnen ein noch recht ereignisreiches Schaffen im Interesse des deutschen Volkstums beschieden sein möge.

Wieb Ihr Mahnwort zur Verjüngung der deutschen Jüngerschaft beherzig, so wird es dem deutschen Volkstum sehr bald wieder möglich sein, nicht nur geistlich und kulturell hochzukommen, den Verlust weiterer deutschen Volkstodes zu verhindern und dasjenige, was uns infolge des V�berbruchs am Schicksal des Weltkrieges an der deutschen Volk und Volk geraubt worden ist, wiedergewinnen. Der Erwerb dieses Jutes gilt unsrer Hauptarbeit, die unter dem Wahlspruch steht: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein.“

Mit deutschem Gruß an Sie, hochverehrter Meister, zeichnen wir hochachtungsvoll

Das Bundespräsidium:
Singer, Schmidt.

Daraufhin hat Gerhart Hauptmann der Bundesleitung aus Kapell das nachstehende Dankfchreiben gegeben:

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Nehmen Sie wächtigsten Dank für die mir am meinem 70. Geburtstag ausgesprochenen Grüße und Wänsche. Wenn es richtig ist, was Sie schreiben, so ist ein wesentlicher Teil meiner ästhetischen Mission erfüllt. Ich bitte zu verstehen, wenn mein Dank, dem ich von Beginn an empfunden habe, erst jetzt diesen Ausdruck findet. Es war nicht wenig in dieser Beziehung zu tun, und um mir der schöneren Pflicht zu genügen, bin ich eigentlich seit meinem Geburtstag fast ununterbrochen tätig gewesen.

Dem Deutschen Ostbund Blüten und Gedeihen!
Ihr Gerhart Hauptmann.

Aus der Bundesarbeit.

Verammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Nord: Richtungsversammlung am 20. Februar, abends 8 Uhr, im Jägervereinshaus, Chausseestraße 94.

Ortsgruppe Cottbus: Wochenendausflug nach Salsch bei Posen*, am 23. Februar. Sammelpunkt 8 Uhr im Kasino, Dresdener Straße.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Hermsdorf hielt am 16. Januar bei gutem Besuch ihre Jahresversammlung ab, die von 1. Vorsitzenden, Herrn Rittmeier a. D. Bleeker-Rohlfack, geleitet wurde. Herr Koesling, der 2. Vorsitzende, erstattete dem Jahresbericht. Insbesondere hat sich die Ortsgruppe die Unterbringung von deutschen Ferienkindern angelegen sein lassen, wobei sie die Unterbringung befreundeter Vereine, so des Vaterländischen Frauendienstes Hermsdorf und der Frauengruppe des Riegerevereins Hermsdorf, gefunden hat, dem der besondere Dank des Vereins gilt. In dieser Tätigkeit fand die Ortsgruppe an erster Stelle innerhalb des Landesverbandes. Durch Vorträge, Ausflüge, Werbeberufungen usw. hat man den ostdeutschen Gedanken nach innen und außen hin propagiert. Die Mitgliederzahl hat sich behauptet; der innere Zusammenhalt hat sich gefestigt. An Vorträgen wurden u. a. gehalten: „Die politische Lage im Osten“ von Herrn Dr. Ehle; „Reiseerlebnisse im Weichsel-

korridor“ von Herrn Lehner i. R. Stern; „Die wirtschafliche Bedeutung unserer deutschen Ostmark“ von Herrn Dr. Ebdike, Oranienburg. Am Volkstauerstag kam an einer Kostengedenkfeier im Dom beteiligte sich die Ortsgruppe. Die Weihnachtsfeier nahm einen erbebenden Verlauf. Beim Stiftungsfeiern wurde die Ehrenwahl für zehnjährige Mitgliederlohn an die Herren Votke, Aebischke und Hegemann verliehen. Herr Rux erstattete den Rollenbericht, der wieder ein Zeugnis von der sorgfältigen Rollenführung war. Die Teilnahme der turnusmäßig auszuführenden Mitglieder ergab die Wahl von: Wiederwahl folgender Herren: Koesling, 2. Vorsitzender; Schmidt, Schriftföhrer; Rux, 1. Kassierer; Frau gebauer, 2. Kassierer; Dursake, Heimlich und Peterel, Beisitzer. Herr Creskatic, dem vorläufigen Schriftföhrer, wurde für seine Tätigkeit besonderer Dank ausgesprochen. Herr Witt a. D. Becker-Rohlfack sprach dann noch über seine persönlichen Erlebnisse in der alten Heimat, die er kürzlich besuchte. Er erzählte u. a. von der wirtschaftlichen Not und Emigration, von der Willkür, unter der die deutschsprachigen Kreise zu leiden haben, von den Wünschen und Hoffnungen der Deutschen dort drüben auf Befreiung, von den Autonomiebestrebungen in Westpolen und von der Pflicht des Heimatlandes, dafür zu wirken, daß nicht verloren bleibt, was mir verloren haben.

Die Ortsgruppe Rathenow hielt vor kurzem ihre Jahreshauptversammlung im „Deutschen Haus“ ab. Der Eintritt in die Tagesordnung gebadete der Vorsitzende, Moldtmann, der im verflochtenen Jahre verstorbenen Mitglieder Dobrot, Jaensch und Frau Becker, deren Andenken durch Erben von dem Pläßen geehrt wurde. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß im Berichtsjahre drei gut besuchte Mitgliedereisernungen, neun Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes stattgefunden haben. Die Aussprüche zum Neujahrs-, Hebronsausen und Nögeln erzeigten sich guter Beteiligung. Der Ortsgruppe war es möglich, in diesem Jahre 15 Vereine der deutschstämmigen Eltern aus Oberbischlesien in unserer Stadt hyn, deren näherer Umgang unterzubringen. Nach einem sechsstägigen Aufenthalt konnten die Kinder (die teilweise Semestrisnahmen bis zu 15 Pfund zu erreichen hatten) ihre Heimreise antreten. Anlässlich der am 22. Dezember 1932 im Hotel „Deutsches Haus“ abgehaltenen Weihnachtsfeier konnten 32 Kindern kleine Gaben gereicht werden. Wegen der Schwere der Zeit wurde im Berichtsjahre keine Vergnügungen abgehalten. Die Frauengruppe, unter der Leitung von Frau Ufer, war bei den regelmäßig stattfindenden Zusammenkünften stets gut besucht. Im Sommer fand ein Ausflugs- und Kurenfahrt statt. Rathenow auf Antrag der beiden Kassen für die der Kassierer Entlastung erteilt wurde, lehrt man zur Teilnahme des Vorstandes. Dieser leitete sich nunmehr aus folgenden Personen zusammen: 1. Vorsitzender Moldtmann, 2. Vorsitzender Krenz; 1. Schriftföhrer Singer, 2. Schriftföhrer J. G. Sigmann; 1. Kassierer Lück, 2. Kassierer Dingler, Frauengruppe: Frau Ufer. Vergnügungsausflug: Otto Schulz. Beisitzer: Stöck, Steck und Meyn. Sodann wurde zu einem Antrags auf Ermächtigung der Beiträge Stellung genommen. Da bereits im Jahre 1932 eine Beitragsausflug stattgefunden hatte, wurde die Beibehaltung der jetzigen Beitragsbeiträge beschlossen.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Jork (Rastitz). Am Vachmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung, die am 24. Januar im Vereinslokal „Rastitzer“ abgehalten wurde, sprach der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Georg Hollander, zu dem Thema „Das deutsche Ziel im Osten“. Das große Ziel der deutschen Reichspolitik müsse einzig und allein die Gesamteinsung sein. Der Jahresbericht der Ortsgruppe, den der Schriftföhrer Herbert Ragner erstattete, ließ einen tiefen Blick tun in die geleistete Jahresarbeit des Vereins. In erster Linie haben auch im vergangenen Jahre die Kulturverträge im Mittelpunkt der Vereinsversammlungen gestanden, die nur der einen Idee dienen, die Erkenntnis, daß nur grundlegende Änderungen des Verfalls der Schandverträge der Kardinalpunkt für die endgültige Befreiung eines größeren Teils des Ostlandes im Osten sein in immer weitere Kreise zu tragen. Entschlossen in der Richtung dieses Zieles hat besonders der Kulturort der Ortsgruppe, Georg Eichab, gewirkt, dem dafür der besondere Dank des Vorstandes ausgesprochen wurde. Als ein wichtiges Treueereignis zur alten Ostheim ist das große Ostmärktertreffen zu nennen, zu dem sich gegen 500 Ostmärker in den benachbarten Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes eingefunden hatten. Die Ostbund-Ehrenwahl wurde dem ersten Vorsitzenden und dem Vorstandsmittglieder Konrektor Böhlen verliehen. Der Mitgliederbestand hat sich gegenüber dem des Vorjahres bedeutend erhöht, und die Kassenverhältnisse des Vereins wurden nach Prüfung der Kommission in besser Ordnung befunden, so daß dem Kassierent Guban Golt die beantragte Entlastung erteilt werden konnte. Die Vorstandsarbeit ergab einflussreiche Wiederwahl der alten Vorstandsmittglieder mit Ausnahme des Kassierent, der eine Wiederwahl infolge Arbeitsüberlastung ablehnte. Für ihn wurde Landesmann Hermann Lawrenz zum Schatzmeister gewählt. Der

Vermählt: Elisabeth Fuchert mit Bankbeamten Kurt Oppenki, Berlin-Bankm., Eisalldorf 9c, am 4. 2.

Verheiratete Opomärker: Uhrmachermeister W. Illert in Oberwalde, Moltkestr. 16, früher Wölff, Kreis Wrieitz, am 16. 2. 85 3; Landwirt Rudolf Jolin in Kl.-Sülzersdorf, Kreis Spreetal, früher Goie, Kreis Bism., am 26. 1. 70 3; dessen Ehefrau Mathilde Jolin am 12. 2. 64 3; Frau Albertine Hoffmann in Königsberg (Pr.), Borkstr. 85, früher Maglin, Uhrenschloß, am 1. 3. 76 3; (Frau Hoffmann hat im „Ostland“ schon verschiedentlich Gedichte veröffentlicht); Frau Anna Reinert in Schneidnitz, am Bahnhof 3, früher in Kretzschin, am 18. 2. 60 3; Kaufmann Hermann Wehrndt in Berlin N 31, Verkingstr. 38, früher Pofen, am 18. 2. 60 3; Frau Hulda Fückte in Berlin R 24, Elffler Str. 24, am 22. 2. 70 3; Kaufmann Jfidor Ehn in Berlin O 17, Vange Str. 22, früher Chorn, am 23. 2. 80 3; Pöfossittent August Schulz in Berlin-Bankom., Schloßstr. 19, früher in Pofen, Postamt 1 (Doll- und Telegraphenreinein-Stephan), Sohn des Korfmachers Franz Schulz in Gr.-Vinde, Kreis Schrimm, am 28. 2. 70 3; seine Ehefrau Mathilde Schulz, geb. Krautwein, Tochter des Lehrers Friedrich Krautwein in Prulmiss, Kreis Schroda, am 8. 3. 80 3; Lehrer i. R. Johann Müller in Berlin W 31, Wolliner Str. 46, früher in Bamsdorf (Wpr.), amtierte 46 J., zuletzt in Vindobuden, Kreis Slawon, am 26. 2. 90 3; Frau Alois Goldau in Berlin-Reuköln, Reuterstr. 3, früher in Chorn, Bromberger Str. 54, am 17. 2. 79 3 (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Süd); Oberpostsekretär i. R. Ernst Jutz in Plesnitz, Herrenvillendamm 5, früher Ostrom, am 6. 2. 70 3.

Verheiratete Schneider: Emma Willich im Kreiskrankenhaus Wolmirstedt, am 29. 1., 36 J. (Sie folgte ihrem Vater, dem Landwirt Julius Willich, früher Gutehoffnung, Kr. Pleschen, der am 9. 4. 32, 67 J. alt, starb; begraben sind beide in Staßfurt, wo der Vater seinen Wohnsitz bei seinem Schwiegerjohn, Oberpostschaffner Kunze, hatte); Milzinfektion am mann Emil Wilske in Potsdam, Am Schragen 29, am 9. 2., 61 J.; Frau Hulda Hartmann in Erlurt, Nordhäuser Straße 113, früher Weinau, Pudewitz, Pofen, am 12. 2. 76 3; der frühere Gastwirt Landwirt Ernst Wand, früher in Heide-Pudewitz, Kreis Oberrhein, zuletzt bei seinen Kindern in Bahnhof Meinsdorf d. Roflau (Anhalt), am 1. 2., 82 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen und mittlere Ostmark.

Schneidmühl. Die Große Strafkommission verurteilte den 39 Jahre alten Versträumnistler Rößle aus Pleschitz wegen schwerer Amtsunterföhlung und Urkundenunterdrückung in geminnschaftlicher Abficht in 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe. Der Angeklagte, der fofelich in Haft genommen wurde, hat 12000 bis 15000 M. Amtsgeföhler unterföhlen und die Bücher, die Belege, die darüber Aufschluß geben könnten, vorfölich vernichtet bzw. beseitigt.

Schwerin (Warthe). Beim zehnten Kind des am dem Rättergut in Ströbe beföhligten Arbeiters Franz Korrtek hat Reichspöfident neu Zinshubende die Pöfenshaft angenommen und ein Pöfensgeföhler von 20 M. überföhnt.

Uranföhnt. Am Uranföhnt fand am 12 Februar unter aufgeföhnter fofter Anteilnahme der Bevölkerung die Feier des Jahrestages fofat, an dem Uranföhnt im Jahre 1919 von der polnifchen Verfehlung befreit wurde. Deurfche Geföhntstruppen gingen damals im Sturmangriff vor und trieben die Polen aus Uranföhnt und Bompf zurück. Der weitere Vornarföhnt zur Wiedereroberung des Pöfener Landes wurde bekanntlich durch die Reichsregierung in Berlin unmöglieh gemacht. Schon am frühen Morgen rückten in Uranföhnt fofte Gruppender SA, der SS, des Stahlheeres und der Kriegerverbände ein. Zunächst Kranzniederlegung an den Gräbern der Geföhntgeföhntten. Dann Kirchgang, wobei, da die beiden Kirchen nicht ausreichten, noch die Eurnballe zur Hilfe genommen werden mußte. Uranföhnt durch die Stadt, auf dem Marktplatz Befreiungsföhnt, bei der Bürgermeifter Junger als Oberhaupt der Grenzstadt, als Vertreter der Geföhntskämpfer von 1919 Hauptmann a. D. G. Hefefeld, Kirchföhnt, im Namen der grenznärföhnten Bevölkerung der Pröfident der Landwirtschafskammer der Grenzmark, Mantzberg-Surten, und die Abgeordneten der NSDAP. Raffe und Huggk fproachen.

Frankfurt (Oder). Das früher in Kamerun lebende, von den Franzosen fofwer beföhligte Denkmal für den Gouverneur von Kamerun,

den in Eulm (Westpr.) geborenen Afrikaföhnter der Hans Dominiak, wird nach feiner Wiederberteilung auf dem Frankfurter Bahnhofföortplatz aufgeföhnt. Die Gelder für die Wiederberteilung des Denkmals hat zum größten Teile der Verband ehemaliger Prinz-Carl-Grenadiere aufgeföhnt. Hans Dominiak war aktiver Offizier beim Grenadier-Regiment Nr. 12 in Frankfurt (Oder).

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Pofen.

Bromberg. Mit einem Kaffatun erföhnen nachts vier unbekannt Männer auf einem Gute bei Pofen, die angeblich geföhnten 21 Schweine abzuföhlen. Die 21 fetten Vornierter wurden getötet und die Banditen geföhnt, nachdem sie vorher dem Wirtschwäfter noch ein kleines Trinkgeföh gegeben hatten.

Pofen. Am großen Saal des Zoologifchen Gartens fand die diesjährige Tagung der Weltpolnifchen Landwirtschafswirtschaflichen Geföhntföhle a. B. (Wielogje) fofat. Dabei berichtete Hauptgeföhntföhrtler Kraft-Pofen über das Geföhntföhjahr 1932 der Weltpolnifchen Landwirtschafswirtschaflichen Geföhntföhle. Diese hat rund 10 200 Mitglieder. Die angeföhntene Beiföhligte ergibt die Zahl von 1 300 000 Morgen, also 50 000 weniger als im vorangegangenen Jahre und 100 000 weniger als vor drei Jahren. Diese Zahl beiföhligter ergibt das Geföhntaral der Mitglieder, fofern nur aus der Beiföhligstellung zugrunde geföhnt, also die land- und forfwirtschaflich genutzte Fläche. Die Zahl der Verfammungen und fofitigen Vereinsveranstaltungen, wie Juriföhnen, Wiefenföhnen, Obföhnen, Föhmsorföhnungen und dergleichen, ift um etwa 100 auf 1150 geföhnt, ein Beweis daffür, daß mehr als früher ein Verlangen nach geföhnter Stützung durch Ausfproche und Beratung aus der Praxis heraus vorhanden ift. — Die von dem Geföhntföhrtler außerföhnd des Siches der Geföhntföhnter veranfaßten Sprechstunden wuchfen von 651 auf 683 an. Ebenfalls nicht unberöhntlich geföhnt im Vergleich zur Vorjahre der Befuch durch ruföhndende Mitglieder in der Hauptgeföhntföhle und den Bezirksgeföhntföhntellen. Die Geföhntzahl der angeföhntenen Ortsvereine betrögt 194. Hierzu kommen 25 Kreisvereine, die einen oder mehrere Kreise umfaffen und zum Teil die Funktion eines Ortsvereines mitföhnen.

Stühn. Die aus der Konjunkturalgeföhntten beiden Kantoren Reumann, die fof gegenwärtig in Jinsdorf aufhalten, und denen der Starof von Stühn die Verlängerung der Aufauföhntgenehmigung verweigert hatte, haben von der Pöfener Weiföhntföhle die Erlaubnis erhalten, fo lange in Jinsdorf zu bleiben, bis fe ihre Aufauföhnt als Kantoren einer angeföhntigen Gemeinde beauföhnt haben. Die Namen.

Aus Westpreußen.

Dirfhan. Auf das Ansuchen des Ingenieurs Klein in Serorganfenthal bei Dirfhan wurde in den frühen Morgenstunden ein frecher Raubdiebstahl veröhnt. Drei polnifche Banditen mit Schußwaffen betreten das Geföhnt und geben, als fie von dem Raubwäfter daran geföhntet wurden, fofort mehrere Schiffe auf ihn ab. Der Raubwäfter erwiderte das Feuer mit einer Jagdföhne. Der inwifchen durch den Vorn ermachte Ingenieur und feine Bruder eilten hinzu und beteiligten fof an dem Feuergeföhnt. Etwa 60 Schiffe find geföhntet worden, worauf die Banditen dann erföhntanden. Der Raubwäfter mußte mit einem Verlohß in das Krankenhaus geföhntet werden.

Graudenz. Der Landbund „Weiföhlgau“ hielt feine Generalverfammling ab. Dem Bericht über das abgeföhntene Geföhntföhnter erföhntete der Hauptgeföhntföhrtler O b u d h, der infchwendere betrorföhnt, daß die Milchwirtschaftsbewegung ein beföhntiges Geföhnt aufwifft. Die Hauptrede hielt der Vorföhndende S o s b o d h, der die Not der Landwirtschaf in Weiföhlgau behandelte. Er stellte eine Reihe Forderungen auf, fo 3. B. Anpaffung der foflofen Pofen an die Wirtschaftslage, Neuregung der Grundsteuer, Einkommensteuer und Kommunalsteuer, Einmirkung der Regierung auf Senkung der Preife für künftliche Düngemittel, Kohle und Eifen, Senkung der Frachttarife, Einföhrtung des Beheimföhntungswinges von Spiritus für alle Betriebsföhnter, Drosselung der Einföhrt einwifcherer Suftrmittel aus dem Ausland, Einföhrtkränkung der Reisinföhrt, Reiföhnt der Tarife für Ärzte und Tierärzte.

Ein deutscher Begriff:

Trommlier
Begehrt von allen Rauchern

Flach mit Gold
und ohne

3 1/3

mit Gutschein
und Uniformbild

Der junge Ostmärker

1933

Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend.
Mitteilungsblatt der Jungflakaren im Deutschen Ostbund.

2. Folge



Abschluß der Aussprache über „Ostpolitische Schulungsarbeit“

Die in den letzten drei Ausgaben des „Jungen Ostmärker“ unter reger Anteilnahme der Leser des Ostbundes und der Jungflakaren des Deutschen Ostbundes erfolgte Aussprache über das Thema der ostpolitischen Schulungsarbeit wird in der vorliegenden Ausgabe mit einem weiteren Vorkommnis, dem eine weitere und mit meinem Schlußwort abgeschlossen.

E. C. Zietze.

Die 7. Äußerung: Ostpolitische Schulung bündischer Jugend.

Von ostpolitischer Schulung bündischer Jugend sprechen, heißt nicht anderes, als vom völkerechten Kampf dieser Jugend berichten, denn für alle rein schulmäßigen Dinge hat sie stets vom Verhältnis gezeigt. Schulung ist für sie weniger eine Angelegenheit des Anlernens, der rein quantitativen Wissensvermehrung. Schulung bedeutet für sie immer einen Zusammenklang von Erleben, Wissen und Willen zum Wandern. Ihre völkerechte Schulung erhält sie nicht in der Schulstube, sondern im Kampf an den Grenzen, an den Kampfzonen auslanddeutscher Volksgruppen.

In ihrem Willen zu umfassender Reuegestaltung unserer Volkserhebung drängt die bündische Jugend aller Richtungen in der Nachkriegszeit mit ganz besonderer Stärke in die Kampfzeit der völkerechten Bewegung, die sich die politische und kulturelle Zusammenordnung unseres in Mitteleuropa verstreuten Volkes zum Ziel setzt hat. Vieles politische Selbstziel hat sie in unmittelbarem Auseinandertreffen mit der Wirklichkeit sich erworben. Der Schwerpunkt dieses Sieges liegt im Osten, d. h. in jenem Raum, der sich zwischen Finnschen, Schwarzem und Adriatischem Meer erstreckt.

Manigfaltig sind die Formen und Stümpen des Einwirkens der bündischen Jugend an diesem völkerechtlichen Frontabschnitt. Nach den verschiedenen Grenz- und Abwehmkämpfen der Nachkriegszeit soll es nun vornehmlich um die Entwicklung der völkerechtlichen politischen Entscheidungsvorbereitung. In diesem Sinne zeigen sich besonders entwicklungsfähig die kühnen Wanderungen der Bünde durch ganz Europa, die für diese Jugend zur Völkereindeckerung der in Mitteleuropa verstreuten deutschen Volksgruppen führten. Gerade von Deutschen haben sich auf diese Weise ein Wissen um die Not, um den Kampf des Volkes in die Mittelbarkeit verschafft, wie es ein noch so guter Schulunterricht, eine noch so gute „Propaganda“ nicht vermitteln kann. Gerade von Grenz- und Auslanddeutschen haben durch diese Wanderungen, die nun schon fast zehn Jahren Sommer für Sommer durchgeführt werden, Hunderte der Einzelnen des deutschen Volkes in einer besonderen Einseitigkeit zu führen bekommen. Kein Volk, kein Radio, keine Zeitungsblätter, keine Presseerhellung und Massenkundgebung kann diese Beschäftigung vom Mund zu Mund, von Mensch zu Mensch erzeugen!

So wird die Grenz- und Auslandsarbeit immer ein wichtiges Element der tatsächlichen Verbundenheit von immerwährenden Volksgruppen darstellen. So wird sie immer eine wichtige Voraussetzung bieten im Sinne des „von-der-Pike-auf-Dienens“ für jede völkerechte Schulung und völkerechte Wirklichkeit.

Aus dieser durch die Föhren entstandenen künftigen Verbindung mit dem Grenz- und Auslandsaufbau hat die bündische Jugend eine Reihe von politischen Grundfragen gewonnen. So wird ihre Haltung nicht durch eine pflegerische oder karitative Betreuungsarbeit bestimmt, sondern durch das Bewußtsein einer Gleichzeitigkeit der auslanddeutschen und binnendeutschen Kräfte. So ist sie sich klar darüber, daß das Wissen um die Not des Volkes drinnen und draußen zur Voraussetzung für politisches Handeln ist, zum Wandern aber ein besonders politischer Wille gesetzt werden muß, daß dieser seine entscheidende Kraft aus dem Gebahren der Selbsthilfe ziehen muß.

Die Schrittenbewegung von der Kerngruppe des Volkes nach den deutschen Randgebieten sollte eine Gegenbewegung nach dem Reich, nach Österreich aus. Zwischen einzelnen Bänden und der Jugend aus landdeutscher Volksgruppen ermöglichte sich auf diese Weise eine enge Verbindung, die oft in maßgebender Arbeit verflocht wurde und zur Bildung einer eigenständigen Jugendbewegung in jenen auslanddeutschen Volksgruppen führte. In dieser Beziehung spielen eine Reihe von Unternehmungen eine große Rolle wie z. B. die Ferienhochlager für Grenz- und auslanddeutsche Jugend, wie sie seit einer Reihe von Jahren vom Grenzhalbeim Wobershaus in Schafien durchgeführt werden, ferner die überbündischen Danziger Sommerlager, Ferienlager in Oberhesseln usw.

Um dieser ihrer Grenz- und auslanddeutschen Arbeit den Charakter größerer Beständigkeit, Tiefe und Wirklichkeit zu geben, haben sich bündische Kreise besonders Stützpunkte geschaffen, die in gleicher Weise der Völkereicherung, der völkerechtlichen Schulung und dem Grenzlandbau der jungen Mannschaften dienen. Hierbei handelt es sich um Grenzhalbeime wie z. B. das Wobershaus, das Frankfurter Mulkheim, die Bauernkolonie in Müßlich-Wallersdorf. Oder es handelt sich um die Schaffung von Stellen, um die Gründung von Arbeitsgruppen oder Organisationszellen des Widerstandes, die sich völkerechtliche Ziele gesetzt haben. Hierzu gehören z. B. die Jungdeutsche Grenzlandstelle in Wien, der Danziger Jugendring usw. Ferner rechnen dazu Einrichtungen wie die Grenzlandhilfe des Vereins Deutscher Studenten, die Bündische Reichshilfe und ähnliche bündische und landdeutsche Gruppen. Der politischen Begründung der völkerechtlichen Arbeit der mitteilungsreichen völkerechtlichen Probleme und der Verwirklichung einer politischen Ausgestaltung Mitteleuropas vom deutschen Kern her dient die Zeitschrift „Volk und Reich“, deren Trägerkreis aus der bündischen Jugend gemacht ist.

Der umfassenden organisatorischen Zusammenordnung und politischen Ausrichtung dieser völkerechtlichen Arbeit bündischer Jugend dient die von den Bänden und Studentengruppen als Organ der Selbstverwaltung ins Leben gerufene Mittelstelle deutscher Jugend in Europa.

In dem gegenwärtig durch die Wirtschaftskrise bedingten großen Schrumpfungsvorgang völkerechtlicher Einrichtungen und Wirkungskräfte bedeutet die unter „Völkerechtlichem Arbeitsdienst“ zusammengeschlossenen, aus der bündischen Jugend entwickelten völkerechtlichen Arbeitsformen eine neue Möglichkeit, die Bewegung breit und hochfristig zu machen.

Der Landdienst wird von Jungenschaft der Bünde durchgeführt mit dem Ziel, nicht nur praktisch, sozial und volklich dem Ostbauern zu helfen, sondern vor allem den aufgeschlossenen bündischen Jugend Generation eine Völkereicherung in Zusammenarbeit und Zusammenleben mit den Bauern und der Bauernjugend ein Bild des bündischen Lebens zu erlangen. Gerade darin liegt eine große volkspädagogische und völkerechtliche Bedeutung.

Der Kolonialarbeit. Hierbei handelt es sich um eine Wirklichkeit von einzelnen kleinen Gruppen aus der Schicht der Jungmannschaft (Studenten, Jungarbeiter, Junggelehrte usw.), die in einem völkerechtlich geführten Dorf meistens für längere Zeit (2 bis 6 Monate) eine intensive pädagogische und kulturpolitische Tätigkeit entfalten. Hierbei gehören z. B. das von den Jungflakaren des Deutschen Ostbundes im letzten Sommer in der Grenzmark durchgeführte Grenzlandlager und die vom Deutschen Pfadfinderverband im besonders bedrohten Kreis Slaton eingerichteten Kulturoasen.

Die Erkenntnis, daß der Bodenbesitz eine entscheidende Rolle im Grenzkampf der Jugend spielt, hat sich schließende Krise der bündischen Jugend dazu geführt, sich auf diesem Gebiet besonders einzusetzen. Die Sitzungsbesprechungen in den Bänden, die Artamanarbeit, die Wirklichkeit in gesellschaftlichen und bäuerlichen Organisationen sind hierfür kennzeichnend. Die bündische Jugend ist sich jedoch bewußt, daß der berufliche Träger dieses Kampfes das Jungbauerntum sein muß, daß die städtische bündische Jugend hier im weitestlichen nur anregend wirken kann.

Wir leben vor einer Entwicklung in Europa, die aus neue eine schwere Gefährdung deutschen Volkstums und eine verstärkte Bedrohung mit sich bringen wird. Die Entwicklung in Österreich, das litauische Abenteuer im deutschen Mittelland, der verächtliche Kampf Polens gegen Danzig und die deutschen Besatzungen, die Polzeiaktionen gegen die Deutschen in der Etschgebirgszone, all das sind Zeichen einer Verschärfung der Lage, die uns vor die Aufgabe stellen, uns auch auf jene Methoden des Abwehrkampfes zu rüsten, die wir 1918 und 1919 in den Grenzschlachten, 1921 am Annaberg und 1923 im Separatistenaufstand anwenden mußten. Das darf uns jedoch nicht dazu verleiten, die kulturellen Methoden zu vernachlässigen und auf eine exakte wissenschaftliche Erforschung in Östrom zu verzichten. Denn nur ein ausgeprägtes Wissen um die Situation in Europa ermöglicht es, die politischen Methoden auf die Dauer befähigen, diesen Raum politisch zu gestalten. Nur die umfassende Anwendung der verschiedenartigen Methoden auf allen Gebieten der Lebensäußerung unseres Volkes wird uns zum Ziele führen.

Ernst Dargel, Berlin,
Mittelstelle deutscher Jugend in Europa.

Die 8. Äußerung: Am Ziel und Methode der Schulung.

Man muß Herrn Dr. Chiele und Herrn Oberregierungsrat Schletter schon dankbar sein, daß durch die beiden Aufsätze im „Jungoltsmärker“ (10. und 11. Folge 1932 und 1. Folge 1933) ein frischer Wind durch unsere Jungfahrarbeit geblasen wird, ich bedauere nur, daß dies erst jetzt geschieht. Hieron abgesehen, scheint mir doch die Weiterführung einige Bedenken zu erregen.

Die Zielsetzung durch Herrn Dr. Chiele — unweifelhaft großdeutsche Prägung — entspricht dem Ergebnis der Bundesversammlung 1932 und der Bundesanweisung „Aufbauende Kulturarbeit“ von Dr. Fr. Ebdike.

Nehmen wir das Ergebnis der Bundesversammlung als Pflicht und Ziel an, so wird ohne weiteres die Frage gestellt werden müßten: Welches sind denn die Ziele und Aufgaben großdeutscher Erziehung? In welchen Rahmen muß also die Jungfahrarbeit eingepaßt werden? Welches sind handgreifliche Aufgaben? Den Ausgangspunkt hat Herr Dr. Chiele ausgedeutet: Der Endzweck einer großdeutschen Auffassung aber im Vordergrund gelegen. Das ist der erste Angriffspunkt für Herrn Oberregierungsrat SchL, gewesen: Das gegenständliche Ziel fehlt, und darum erscheint ihm in die Wiedergerinnung des Verlorenen als ausreichendes Ziel für die Arbeit einer Generation, somit auch als genügend fundiertes Ziel der Jungfahrarbeit. Wenn diese Beschränkung den Ansichten der „aufbauenden Kulturarbeit“ offenbar nicht entspricht, so darf das nicht wundernehmen: Der Praktiker schätzt unklare Zielsetzung nicht und sieht ihr größere Arbeitsmöglichkeiten vor. Er darf den Anspruch erheben, klar und festlich die zu leistende Arbeit abgrenzen zu können. Bedenken mit die noch nicht geleistete Arbeit, so erscheint mir diese Zielsetzung durchaus vordringlich und praktisch. M. E. bedeutet das keine grundsätzliche Ablehnung großdeutscher Gedanken und verspart nicht den Weg zu den Ölraum-Möglichkeiten und -Notwendigkeiten, die in so ausgesprochener Weise von Herrn Dr. Kriebel dargestellt worden sind.

Also: Klar Ziel
Zum jur. „Methode“.

Es ist nichts so undankbar-dankbar als Methodenstreit. Meine Bedenken: Aus gegebenen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten wird gelegentliche Dreipunktfrage als alleinleitend herausgehoben, um zum alle Richtungsgebenden das Unvollständige aber der wichtigsten Boshheit zu zeigen. Rein, so geht das nicht! Für unsere Jungfahrarbeit gibt's nur eine allgemeingültige Methode: Jeder Führer tut an seiner Stelle seine Pflicht im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren.

Oder soll dann erreicht werden, daß unsere Jungoltsmärker sich künftighin in Schulungs- und Wandergruppen aufteilen sollen? Bei der einleitenden Darstellung Herrn Dr. Chieles wird wohl mancher den Eindruck gewonnen haben, daß danach nur die Wandergruppen die Vereinnahmung Jungoltsmärker verdienen. Dieser Eindruck muß entstehen, wenn man die Beurteilung der Schulungsarbeit daneben stellt. — Gehen wir uns doch, all zu zu kränken, denen es einfach unmöglich ist, eine Grenzlandfahrt zu unternehmen! Wir müssen ja auch in so vielen anderen Dingen den guten Willen als Tat ersetzen und bemerken. Das Grenzlandfahren notwendig ist — ist keine Streitfrage. Sie als Ausgangspunkt aller ostmärkischen Schulungsarbeit zu setzen, ist eine einwandfreie, pädagogisch begründete Forderung, sie muß aber doch für sehr viele in Mittel-, West- und Süddeutschland Wunsch bleiben, eine Begründung ist wohl überflüssig. Die Grenzlandfahrt muß — leider — für sehr viele ein Endziel bleiben, vielleicht für immer. Ich würde es als etwas Großes anerkennen, wenn die Ostbrandleitung (Jungfahrer) — Ortsgruppen — Landesverbände können es nicht) den Grundatz Tat werden ließe: Jedes Jungfahrernitzel muß mindestens eine Grenzlandfahrt miteleben!

So einwandfrei die Forderung des Grenzlandfahrens als Ausgangspunkt aller Jungfahrarbeit begründet ist, so ill auch die rechtlich häufig behauptete Schulungsarbeit der notwendige Voraussetzung Grenzlandbetriebs begründet. Sie ist das Einführen und Bereitmachen für das Erleben und Erfahrenollen! Sind denn nur die Grenzlandfahrer unserer Arbeit wert? Wollen wir nicht alle wecken und rufen? Oder sollen wir als nutzlose Wühlung alle ausfinden, denen dies bedienenswerte Erleben Wunsch bleiben muß? Wenn man jährelang der Jungfahrarbeit mit bestem Willen gedient hat (auch mit Grenzlandfahrten, zinsiner natürlich), dann möchte einem fast der Mut zur Weiterarbeit verlagern, wenn alleiniger Wertmesser die Zahl der Grenzlandfahrten und Grenzlandfahrer sein soll. Gehen wir denn junge Menschen nur dann in unsere Reihen aufzunehmen, wenn sie eine Grenzlandfahrt als Beweis ihrer Aufnahmefähigkeit nachweisen können? Nicht wahr, das klingt unbeschreiblich — verflüsselt! Es ist aber nur die Konsequenz der Forderung: Ausgangspunkt aller Schulungsarbeit muß das Grenzlandreisen sein. Rein, so geht das nicht! Wir müssen Schulungsarbeit (nicht Schularbeit) als Dauerleistung dransetzen und dadurch mitteilen, daß das Grenzland-erlebnis möglichst allen zuteil werden kann. Dem einen ist's dann Ausgangs-, dem andern Mittel- oder Endziel seiner Arbeit.

„Der junge Oltmärker“ — 1. Folge 1933 — gibt mir Anlaß zu folgender Zehlfassung: Die drei Schlußforderungen sollen erkennen, daß Herr Dr. Chiele offenbar die Grenzlandfahrt als einzigen möglichen Ausgangspunkt aller Schulungsarbeit nicht mehr betrachtet

und dem gegebenen Satzchen Rechnung trägt. Ich fasse das nicht als Sinnesänderung auf, sondern stelle damit nur fest, daß die Anweisungen im „Jungen Oltmärker“ an Sicherheit und Klarheit nichts gewonnen haben!

Sach 3 berechtigt zu der Frage: Sind die „Richtlinien für die Jungfahraren des Deutschen Oltbundes“ noch gültig?

In vielen Richtlinien findet man kein Wort über eine „ländliche Gemeinschaft“. Es wird mit dem „Ausbau der ländlichen Gemeinschaft“ ein neues Moment in unsere Arbeit getragen, das zumindest einer Erklärung bedarf! Doch „unsere Jungfahraren ihrer Aufgabe am meisten geradert werden können, wenn sie Oltmärkerarbeit auf ländlicher Grundlauge betreiben“ — ist eine Behauptung, die ohne Beweis nicht als Forderung erhoben werden sollte! Das schafft wiederum Unklarheit. Also: Vassen Sie die Rede aus dem Saal, Herr Dr. Chiele!

Zum Schluß sei mir nur noch eine kurze Bemerkung erlaubt: Olt-politik! Es herrscht eigenartig, daß sich ein Teil der nachfolgenden Führern mit einem denedenswerten, aber nicht besonders glücklichen und gestärkten Eifer auf eine Arbeitslauge hürten! Ob wir eine Olt-politik hatten, das wird die Geschichte erweisen; ob wir jetzt eine haben, hat M. keine der Führern behauptet. Doch mir alle darum ringen müssen, das mit oltmärkisches Bekanntheit; und das allein wird unserer Jungfahrarbeit Sinn und Richtung geben können. Es geht aber nicht an, ehrlich und selbstlos strebenden Menschen einen Mangel anzuhängen, nur weil sie in der „liberalistisch-materialistischen Verfallszeit“ zu Jungdeutschen gehören! Das ist ungerührt, „Gerechtheit erlöst ein Volk“!

Dehrer Hans Hajaian, Weidenfels.

Das Schluswort: Bund oder Verein? — Erlebnis oder Vortrag?

Eine Organisation, die an ihren Aufbau und an ihrer Arbeit nicht ständig Selbstkritik übt, die sich nicht fortwährend mit dem ihr gesteckten Ziel und den Methoden, durch welche zu erreichen, auseinanderlegt, wird einen geistigen Stillstand erreichen, der den materiellen Verfall zum Gefolge haben muß. Bewegungen, in denen jedoch geistige Kräfte um die Gestaltung und äußere Formung der tragenden Dinge ringen, in denen sie immer währende Reibung zwischen vorwärts strebenden, aktivistischen Kräften stattfindet, werden sich die Zukunft erobern.

Wir jungen Menschen stehen mitten in einer Zeit, die voll von Auseinandersetzungen ist, die erfüllt ist von Kritik an allem Überkommenen und die täglich und stündlich von jedem einzelnen Stellungnahme verlangt. Niemand hat das Recht, gerade der jungen Generation von heute die Verächtlichkeit aller sich trottelnen Verbältnisse groß zu machen, wie sie sich heute bieten. Es lind aber nicht nur die materiellen Zustände, auf die sich die Kritik erkräftet, sondern vor allem ist es das Gefühl, daß sich in geistiger Hinsicht ein Verlust oder erschütterndem Ausmaß vollzogen hat, daß es dem Volke während des letzten Menschenalters völlig an Führung gemangelt hat, und daß nirgendwo dynamische Gesehe sichtbar wurden, nach denen sich das geistige Leben der Nation zu vollziehen hätte, Ströme, die die politische und wirtschaftliche Entwicklung in naturgebundene Bahnen gelenkt hätten.

Aus dieser Einstellung heraus haben mir uns mit der Frage eines deutschen Organisations auseinandergesetzt. Ich habe das Gefühl, daß sich an dieser Frage die Auffassungen der Generationen 1914. Die Alten sind gewohnt, in den Gruppenverhältnissen von sich zu denken, und von ihrem Standpunkt aus erscheint ihnen selbstverständlich als der Wunsch, diese alte Ordnung der Dinge wieder aufzurichten. In diesem Sinne leben daher auch die Weidenseiler Herren in der „Wiederherstellung der alten Oltgrenze“ das Ziel deutscher Oltpolitik, das ihnen als ein „handgreifliches Ziel“ erscheint. Die Jungen sind darin anderer Ansicht. Sie leben nicht in dem räumlich-politischen Verstellungen der Vorkriegszeit, ihr politisches Denken geht nicht von der alten Oltgrenze aus, sondern sie sind sich dessen bewußt geworden, daß der Ausgangspunkt für politisches Denken und Handeln der Raum mit seinen Gegebenheiten sein muß. Es gilt, die aus Boden und Volkstum fließenden Kräfte zu erkennen und aus der organischen Verbindung derselben die organisatorischen Folgegruppen zu entwickeln, die sich uns dann in Umfang und Aufbau politischer Staatsgebilde darstellen. Dieses hat nichts mit „großdeutscher Zielsetzung“ zu tun. Die Antikolonialismus und der deutschen Volksgemeinschaften seitens der heutigen „Oltgrenze“ bis in die entferntesten Siedlungsgebiete zu verfolgen, das ist die Aufgabe der „Minderheiten“, kann man keinesfalls ein politisches Ziel leben. Die Minderheitenfrage ist vielmehr in die größeren Probleme einzupassen und genau wie die Vorkriegsfrage nur unter dem Gesichtspunkte der räumlich-politischen Revidierung des gesamten Ostens zu behandeln. Wenn Politik als eine „Lehre vom Möglichen“ werden, daß wurde, so kann dieses Mögliche doch nur zu verstanden werden muß, das jeweils Erreichbare eines Gesamtplanes angestrebter Stelle zu fördern, um eben den Gesamtplan an einer jeweils greifbarsten Stelle zu fördern. „Willing hilflos ist es dagegen, mal hier, mal da ein Problem aufzugreifen und irrandem zu lösen zu wollen. Was ergibt eben das heillos Durcheinander, das für die „Politik der Raadkriterien“ so charakteristisch ist. In jeder Vergegenstände ich dagegen der, daß der deutsche

Mensch eine Sendung zu erfüllen hat, an die er schicksalhaftig gebunden ist und die heißt: **Erhaltung des irdischen Namens.** Von dieser Idee sind wir erfüllt, und sie beherrscht unsere Einzelhandlungen. Sie wird aber auch in Zukunft die deutsche Arbeit beherrschen, nämlich dann, wenn seiner weltlichen Geist erst ausgeschaltet ist, der eben infolge seiner „liberalistischen“ Struktur die „materialistische Zeit“ hervorbrachte, die — nach unserer Auffassung — nicht „eine schöne Zeit war, der wir mit Wehmüt denken“, sondern eine „Verfallszeit“, die wie schon fälschender Selbstsinn in sich zusammenstürzen mußte.

Und auch nur Arbeit und Arbeit. Von Seiten der Weisheitslehrer Herren ist ein angeblicher Gegensatz zwischen Schulungsarbeit und praktischer Grenzarbeit in meinem Programm gefunden worden. Diese Ansicht entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen, vielmehr liegen die Dinge so, daß ich der Auffassung bin — und das ist, wie Herr Hejzala sehr richtig bemerkt, eine durchaus pädagogisch begründete Auffassung —, daß der Mensch an eine Idee nicht rein verstandsmäßig herangeführt werden soll, sondern daß aus seinem Innerem heraus eine sinnmäßige Verbundenheit mit derselben entwickelt werden muß. Das Älteren irdensbüchser Bewußtsein halte ich für völlig belanglos, im Erfassen der geistigen Grundzüge, im Erkennen der wesentlichen Zusammenhänge scheint uns dagegen der Wert einer Schulungsarbeit zu liegen. Wie oft werden Vorträge mit großem Stoffmaterial geboten, und wie wenig bleibt davon haften, weil diejenigen, die diese Schularbeit betreiben, nicht aus dem Verbundensein mit einer Idee heraus um Mitstreiter werben, weil sie den Menschen nicht in seinem Innern aufzuwecken, so daß er eben aus eigenem Drang folgen muß, sondern weil sie glauben, mit Statistiken und Jahresplänen, mit Namen und Orten die Köpfe ihrer Zuhörer anfüllen zu müssen. Dies Art der Arbeit leben wir ab, und da sie jetzt sich bereits das, was sie bündliche Einkleidung nennen, nämlich aus Bindungen zu handeln, die zwischen dem einzelnen Menschen und den aus Oben und Volkstum ersprungenen dynamischen Kräften einer geistig lebendigen Volksgemeinschaft bestehen.

Wenn einer der Weisheitslehrer Herren sich darauf beruft, daß den Satzungen von einer „bündlichen Gemeinschaft“ keine Rede sei, so ist das sehr einfach so zu erklären, daß bündlich Ausbruch einer inneren Einstellung und geistigen Haltung des Menschen ist, die nicht in Satzungen verankert werden kann, sondern die man eben hat oder nicht hat. Wenn es heißt, daß mit dem Bündlichen „ein neues Moment in unsrer Arbeit gesetzt“ werden ist, so ist das ebenfalls richtig, denn dieses Moment allerdings auch nicht von neuem oder beste in der Ordnung zu bewirken ist, sondern in einzelnen Gruppen schon vor meiner Tätigkeit der tragende Faktor war. Die neuen Jungmänner sind fast alle bündlich, und der Obstand hat den Vorteil davon, denn eine einheitliche Haltung gibt einer Organisation allein die Grundlage für gezieltes Handeln. In ihr wird es nicht möglich sein, daß Gruppen erklären, „wir können nicht“, und sich nur dazu rühren, wenn sie entsprechend aufgepasst werden. Unlösliche Menschen, die immer nur auf die Hilfe anderer warten, werden es im Leben zu nichts bringen, am allerwenigsten werden sie in den Dingen

des Lebens erfolgreich wirken können. Sie eine bündliche Gruppe hat es noch nie unermüdbliche Ehrerleichterungen gegeben. Früher so wenig so heute. Man soll sich einmal die alten Fahrenbücher der Wandervögel und Pfadfinder vornehmen, und man wird staunen, mit welchen geringen Mitteln die Jungen unermüdblich Scheinendes ausgeführt haben, einfach nur aus dem Grunde, weil es Kette waren, die nicht emigrierten, sondern an eine Sache herangingen und aus ihr etwas machten.

Wort sei Dank ist dieser bündliche Geist heute genau so lebendig wie früher. Aus dem Obstand sind schon mehr Gruppen an der Grenz gearbeitet, als mancher es sich vielleicht denken will. Sie alle haben es möglich gemacht, ohne viel zu fragen, und nach ihnen werden andere kommen, wie z. B. eine rheinische Jungfahrt, die die zweite Fahrt aus dem Unbehilfgebiet bis an die Ostgrenze mit dem Sabarr zurücklegen will, weil sie das erforderliche Fahrgeld nicht hat. Was diese Jungen können, sollten andere auch können.

Ein Wand, der an seine Mitglieder keine Anforderungen stellt, hat keine Aussicht, sich weiter zu entfalten. Es ist mir niemals eingefallen, eine Grenzlandfahrt als Beweis der Aufnahmebereitschaft zu beschreiben. Aber wir müssen unsere Jungen dazu anhalten, bestimmte Leistungen, und dazu gehört die Grenzlandfahrt dorthin, zu erreichen. Heute liegen vielerorts die Dinge so, daß andere Bünde uns in der Grenzarbeit weit voraus sind, obwohl sie unter keinen besseren Verhältnissen leben als wir. Der Grund liegt nur in der bündlichen oder nichtbündlichen Einstellung der betreffenden Gruppen.

Sollen wir daher zusammen. Die Diskussion hat gezeigt, daß eine Ansicht dahin geht, den Obstand als ein Sammelbecken für alle anzusehen, die willens sind, irgendetwas in der Offiziere Interesse zu nehmen. Je nach der Lage der Verhältnisse und der eigenen Einstellung sollen die betreffenden Menschen tätig sein. Als Ziel dieser Arbeit wird die Vorbereitung der alten Offiziere und die Vertiefung der deutschen Minderheiten für ausreichend angesehen. Die Methode dieser Arbeit liegt in der theoretischen Bearbeitung der Geschichte des Ostmark vor, Wanderguppen sollen soweit mir möglich die Ostmark bereisen.

Die andere Einstellung geht davon aus, zu den erdgebundenen Kräften, Boden und Volkstum ein inneres Verhältnis zu gewinnen, sie fißt im Osten einen Raum, der der Ausgestaltung durch den Schicksal mit ihm verbundenen deutschen Menschen bedarf, und sie öndnet alle Grenz- und Minderheitenfragen in diesen Gedanken des organischen Raumausbaus ein. Die Menschen, die sich zu dieser Einstellung bekennen, führen sich als Kampfparthie, eine Gemeinschaft, die nicht jeden nach seinem Weisheit schalten und walten läßt, sondern der Verantwortung einer Generation der Zukunft gegenüber eine im Denken und Handeln einheitliche Haltung von jedem einzelnen fordert. Die Methode dieser Arbeit ist Erziehung durch die Schär zu persönlicher Einfaltbereitschaft, Erfassung der geistespolitischen Zusammenhänge des Ostens in Heimarbeit und auf Fahrt, praktische Volkstumsarbeit an den Grenzen.

Es wird sich zeigen, welcher Richtung die Zukunft gehören wird. Ernst Otto Ebbels.

Aus bündlicher Arbeit.

Kameradschaft.

„Mondklare Nacht. Der Hochwald weist lange Schatten. Dem Morgen steigen Nebel. Einmal lang ein Gell nach oben. Wabenderbüßen. Dieser ein kleines Lagerfeuer. Ein Junge hat sich auf einer Decke ausgebreitet und legt ab und zu ein Stück Holz auf das Feuer. Heini Broje hat nun schon eine Stunde Wache. Es beginnt langsam zu werden. Oder hat er etwa Angst? Nein, das kommt noch nicht in Frage. Wieder schreit er hell in sein Feuer. Sondern geht sein Blick über das Gelände ins Weite. 16 Jahre ist er nun schon in der Wache und hat bisher noch nicht die Verdringung gefunden, die er suchte. Viel Sabarr haben sie in dieser Zeit gemacht, auch mitunter ganz jaskine. Als Sabrikbesorger ist er nie mit den Arbeiterkindern richtig in Kontakt gekommen. Wirklich alle Mühe hat er sich gegeben, hat von seinem Brot abgegeben, hat Bahnfahrten für sie bezahlt. Es fehlt da etwas Gemeinliches, was sie zusammenführt und eint. Was hat doch der Führer bei der Abendfeier gesagt: „Wir müssen zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen, in der der einzelne nur Kamerad ist, weiter nichts als Kamerad. Die große Idee unseres Bundes muß uns alles sein, muß unserem Leben Inhalt geben, muß uns unser irdensbüchser Ziel setzen lassen, wie wir es wollen, nicht wie es uns von irdensbüchsern Älteren befohlen wird. Um aber zu einer Gemeinschaft zu kommen, müssen wir selbstlos werden, muß unser persönliches Leben zurückgehen vor dem Ganzen, müssen wir lernen dienen. „Ich bin der erste Diener des Staates“, hatte Friedrich der Große gesagt. Aber nicht nur gesagt, sondern danach gehandelt. Es gibt bei uns keine Klassenunterschiede, sondern nur Kameradschaft. Es gilt nicht der Titel oder die Stellung des Vaters, sondern der Junge, wie er ist. Ob er ein ganzer Keel ist, das entscheidet. Dazu hatte er mit den Worten: „Der Dienst am Volk, am Vaterland ist das Höchste, nicht das eigene Brot“ gesprochen. Das sind Worte, die wir folgen können, aber schwer zu gestalten. Wie schade hätte er das Feuer ausgehen lassen. Schluß werden ein paar Schritte hineinverworfen und richtig hingegeben. Bald schlagen die Flammen wieder hell auf. Weyn ist er nun hier

zwei Stunden lang und verflucht den Sojäl, dessen er so nötig bedarf? War das nicht schon Dienst, Dienst an den anderen, die dort im Jelt schliefen? Konnte er nicht einfach ins Jelt kriechen, schlafen und Wochen Wachen sein lassen? Nein, das konnte er wohl nicht. War das nicht feige? Man stelle ihn auf diesen Dofen und verließ sich darauf, daß er aushalten würde, und dann werde er selbstständig und feige? Haben nicht all die Großen, Staatsmänner und Führer, auch ausgehalten auf dem Posten, auf den sie gestellt wurden? Und hatten nicht alle viel schwerere Aufgaben zu lösen als er? Und Heini Broje hält seine vier Stunden Wache, ja er tut sogar noch mehr, er läßt den ihn abblenden, einen kleinen schwauchen Arbeiterjungen schlafen und wacht für ihn auch noch zwei Stunden. Als es am Morgen bekannt wird, gibt es großes Hohn. Seit der Zeit wird Heini Broje nicht mehr störel angesehen. Echte Kameradschaft ist zwischen sie getreten.

Arnold Abt, Vandsberg a. d. W.

Drei Wochen Geländepost.

Sarco, die Einberufung zum Geländepostkursus ist da! Der Affe wird gepostet, er nimmt die nötigsten Sachen auf. Dazu kommen einige gute Postblätter der Eltern und dann der March zum Wabnig. Die Fahrt geht über Münster, Bremen nach dem Munsterlager. Unterwegs steigen mehrere Ertensgelegen ein, die auch zum Kurus ins Munsterlager berufen worden sind. Alles ist gespannt auf die Dinge, die im Lager an uns berenteten werden. Auf dem Wabnig Munsterlager trafen wir auf einen Jungen aus dem vorhergegangenen Kurus, der die Aufgabe hatte, uns zum Lager zu führen. Ein March von einer halben Stunde brachte uns dorthin. Auf der Schreibstube mußte man sich melden, des Einberufungsgebühren abgeben und die Kammer für Kleider und irdliche Unterbekleidung in Empfang nehmen. Die Wache wurde ausgemessen, darauf die Kleider empfangen. Jeder Teilnehmer erhielt einen Drillanzgen, einen Dienstwagen, ein Köppel, zwei Halbinden, Hausschuhe, Hemd und Unterpost. Darauf wurde ein

